

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post: monatlich . . . Ks 16.— vierteljährlich . . . 48.— halbjährlich . . . 96.— ganzjährig . . . 192.—

Abrechnung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich (1923)

3. Jahrgang.

Samstag, 24. November 1923.

Nr. 275.

## Der Helfer der Rechtsdiktatur gefallen.

Das Kabinett Stresemann hat zu existieren aufgehört. Es war durch seine mehr als zweideutige, auf die Förderung der Bestrebungen zur Errichtung einer Rechtsdiktatur gerichtete arbeiterfeindliche Haltung unmöglich geworden. Es hat nicht nur nicht den leisesten Schimmer eines Willens gezeigt, die Reaktion zu bekämpfen, es hat sie vielmehr durch seine Katastrophenspolitik und durch die von ihm geübte Unterdrückung der sozialistischen Arbeiterkraft offenkundig unterstützt. Stresemann hat den deutschnationalen Rechtsputzschiffen eine Konzession nach der andern gemacht, so daß es schwer hält, nur an Schwäche als Ursache dieser Nachgiebigkeit zu glauben; ihm beliebt es wohl noch bis zu lehren, sich gegen den Vorwurf zu verwahren, sozialisten- und arbeiterfeindlich zu sein, aber dabei hat er seine Übereinstimmung mit der Kundgebung Kahr's gegen den Marxismus erklärt, er hat offen eingestanden, daß er die Sozialdemokraten in der großen Koalition für seine Zwecke benütigen wollte, seine Regierung nützte zur Unterdrückung der Arbeiterkraft und zum Abbau der sozialen Rechte und Einrichtungen den Ausnahmezustand in der infamsten Weise aus und in jeder nur erdenklichen Weise bereitete sie der lauernden Militärdiktatur den Weg.

Seit dem Austritt der Sozialdemokraten aus der großen Koalition, hatte die Außenpolitik der Reichsregierung eine sichtbare Schwankung vollzogen. Stresemann hat den stark deutschnational gerichteten Dr. Jarres als Innenminister in sein Kabinett aufgenommen, der alles darauf anlegte, es zum vollständigen Bruch mit Frankreich kommen zu lassen, und einen bewaffneten Konflikt, wenn schon jetzt nicht herbeizuführen, so doch vorzubereiten und auf diesen kommenden Konflikt die Politik einzustellen. Die Regierung wollte die „vorübergehende Aufgabe des Ruhr- und Rheingebietes“, um sich später, wenn die innen- und außenpolitischen Verhältnisse dies erlaubten, die Gebiete mit bewaffneter Hand wieder zurückzuholen. Infolge der brutalen Obstruktion, politisch des bestialisch-unmenschlichen Boicout ist seit der Einstellung des Ruhrwiderstandes die Inbetriebnahme des wirtschaftlichen Mechanismus noch immer nicht erfolgt, weshalb die vom Hungertode bedrohte Bevölkerung aus Reichsmitteln unterstützt werden muß. Die Reichsregierung wollte nun, unter Zustimmung der deutschnationalen Rechtsparteien das Ungeheuerliche tun: die Zahlung der Erwerbslosenunterstützung an die besetzten Gebiete einstellen! Die Menschen, die viele Monate unter dem furchtbarsten Druck der französischen Besatzung in bewundernswürdiger Weise gekämpft hatten, die in schwerster Zeit in Treue aushielten, sollten preisgegeben, ihrem Schicksal überlassen werden. Schlimmer wie es hier gesehen sollte, wurde noch nie eine Bevölkerung von ihrer eigenen Regierung getäuscht, betrogen und verraten. Die Arbeiterbevölkerung des Ruhr- und Rheinlandes wurde von den Kapitalisten auf die Straße gesetzt, nun sollte ihr auch die Arbeitslosenunterstützung genommen werden, um sie unter dem Druck des Hungers und der französischen Bajonette reiß zu machen für die Zwangsjacke des Zehnstundentages, des Lohnabbaues und der Rechtslosigkeit. Die Bevölkerung der besetzten Gebiete, der Not ausgeliefert, und vom Reiche verlassen, wäre gezwungen gewesen, auf eigene Faust mit Frankreich zu verhandeln. Die Kosten der den besetzten Gebieten gewährten Unterstützung sind gewiß drückend, aber noch sind die Besten in Deutschland in kaum nennenswerter Weise zum opfern herangezogen worden, noch sind die Schwere nicht erhöht. Doch die Besten wollen nicht opfern, lieber soll der wertvollste Teil des Reiches an Frankreich ausgeliefert, Deutschland zerstückelt, zerrissen werden! Ein kommender Krieg mit Frankreich sollte das

## Sturz der Regierung Stresemann.

Das Vertrauensvotum der Regierungsparteien abgelehnt. — Der Rücktrittsbeschluß vom Reichspräsidenten angenommen. — Eine Erklärung der letzten sozialdemokratischen Reichsminister.

Berlin, 23. November. (Wolff.) Bei der namentlichen Abstimmung über das Vertrauensvotum der Regierungsparteien wurden 392 Stimmen abgegeben. Mit ja stimmten 155, mit nein 230, sieben Enthaltungen. Das Vertrauensvotum ist also abgelehnt. Das Haus nahm das Ergebnis schweigend auf.

Berlin, 23. November. (Eigenbericht.) Trozdem es bei Beginn der heutigen Sitzung des Reichstages feststand, daß das Schicksal des Kabinetts Stresemann besiegelt ist, wurde die Aussprache über die Politik der Regierung fortgesetzt. Von der Sozialdemokratie nahm Genosse Rosenfeld Gelegenheit, die Anklage gegen die Reichswehr vom Rechtsstandpunkte aus zu befechten. In vehementer Weise wandte sich unser Genosse gegen das Verbot der kommunistischen Partei und an einer ganzen Zahl von Beispielen wies er nach, in welcher Weise das Militär in Sachsen und Thüringen die Ordnung „besorgt“ habe. Allein in Dresden ist das Ergebnis von vier Wochen Reichswehrbesetzung 34 Tote und 110 bis 130 Verletzte. Wo wollen wir da das Recht hernehmen, die Brutalkräte im Rheinland zu gestricheln, wenn sich derartige Fälle in Deutschland selbst ereignen.

Um 7 Uhr abends schloß die Aussprache, da viele Abgeordnete zur Teilnahme an der Beerdigung des Reichsbahnpräsidenten Hohenstein beurlaubt sind. Nach Erledigung einiger Interpellationen wurde die Sitzung um 7 Uhr unterbrochen und die Abstimmung über das Vertrauensvotum auf halb 8 Uhr angelegt.

In der Abendstimmung fand sofort die Abstimmung über das Vertrauensvotum der Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft statt. Die Abstimmung war namentlich. Gegen stimmten die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Deutschnationalen. Auch die bayerischen Volksparteier stimmten in ihrer Mehrheit gegen das Vertrauensvotum. Einige Mitglieder enthielten sich der Stimme, ebenso die bayerischen Bauernbündler. Bei dieser Stimmenverteilung war das Vertrauensvotum abgelehnt, die Mißtrauensanträge der Sozialdemokraten, Kommunisten und der Deutschnationalen erledigt.

Der Reichskanzler und die Reichsminister verließen sofort den Saal. Das Kabinett trat nach dem Ergebnis der Abstimmung um halb 9 Uhr sofort in einer Sitzung zusammen und beschloß den Rücktritt.

### Ein Kabinett der „Kleinen Koalition“?

Berlin, 23. November. (Eigenbericht.) Was bisher über die Neubildung des Kabinetts gemeldet wird, beruht auf Mutmaßungen. Es sind Strömungen im Gange, die die Wiederherstellung der „Kleinen Koalition“, also Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten, befürworten, mit Einschluß des bisherigen Reichskanzlers Stresemann als Außenminister. Das Zentrum scheint aber gegen die Kleine Koalition zu sein. Schlägt diese Kombination fehl, so bleibt nur noch eine Regierung auf der Grundlage des bürgerlichen Blocks übrig, mit der sich aber das Zentrum und die Demokraten noch nicht abgefunden haben. Die Genossen Sollmann und Kahr

brach sowie Robert Schmidt, die Mitglieder des früheren Kabinetts Stresemann waren, veröffentlichten eine Erklärung, wonach sie von Anfang an sich scharf gegen die Reichsregulativ, gegen Sachsen und Thüringen gewendet haben. Als der Reichskanzler Heineke gegen den Willen der Regierung seine provokierenden Maßnahmen vornahm, hätten sie sofort ihre Demission angeboten.

Offiziell wird mitgeteilt, daß die Erklärung der deutschen Regierung, die Unterbringung der Arbeitslosen im besetzten Gebiete einzustellen, auf Frankreich sichtlich Eindruck gemacht hat. Die Verhandlungen zwischen den Befehlungsbehörden und den Industriellen würden wieder aufgenommen.

Verlorene zurückbringen. Also Preisgabe deutscher Gebiete und Vorbereitungen zu einem neuen Krieg: das war das Ziel der deutschnationalen Rechtsradikalen, deren Pläne Herr Stresemann zu den seinen machte. Indessen sollte der Ausnahmezustand, die Militärdiktatur, mit den Gegnern dieser Pläne aufkommen, sollte die sozialistische Arbeiterbewegung kurz und klein geschlagen werden.

Darum werden die sozialistischen und republikanischen Zeitungen und Versammlungen unterdrückt. Stresemanns Regierung hat sich dabei die Methoden des bayerischen Diktators v. Kahr vollkommen zu eigen gemacht. In Bayern ist die Unterdrückung durch die Rechtsdiktatur bereits so weit gediehen, daß dort keine sozialdemokratische Versammlung abgehalten, keine sozialdemokratische Zeitung erscheinen darf. Diefem Idealzustand der deutschnationalen Wünsche strebte Stresemann im ganzen Reiche nach. Herr v. Kahr darf täglich die Verfassung brechen, doch Stresemann ließ ihn nicht nur gewähren, es wurden auch pünktlich der bayerischen hochverräterischen Reichswehr die Mittel zur Erhaltung aus der Staatskassa zugeführt. Der militärische Belagerungsstand, der gegen und wegen Bayern verhängt wurde, wird ausschließlich gegen sozialistische Arbeiter und ihre Presse angewendet. Kahr und die an-

deren Reichsverräter dürfen ungestraft und unter dem Schutze der Reichswehr ihre Vorbereitungen zur Erdrosselung der Verfassung treffen, dagegen begehrt dieselbe Reichswehr gegen sozialistische Landesverwaltungen und Verfassungen die schwersten Eingriffe. Dabei schreitet trotz des Ausnahmezustandes und unter den Augen der Behörden die Bewaffnung der Reaktion fort. Alles was von dieser Regierung ausging, war konsequent in der Richtung der Reaktionsdiktatur gelegen.

Was nach der Regierung Stresemann kommen wird? Es wird behauptet, daß noch Schlimmeres folgen werde. Es mag sein. Jedenfalls kann dies nicht ausschlaggebend für den Kampf der Sozialdemokraten gegen die jetzige Regierung sein. Die Arbeiterschaft stürmt gegen Stresemann an und sie wird dies auch gegen jede folgende Regierung tun, welche sich zur Wegbahnerin der politischen und sozialen Reaktion macht. Schwere geschichtliche Entscheidungen stehen bevor, erbitterte Kämpfe haren der deutschen Arbeiterschaft. Trotz aller Macht der reaktionären Kräfte dürfen wir hoffen, daß es der Entschlossenheit und Opferbereitschaft des deutschen Proletariats gelingen wird, wie mit dem verkappten Stresemann, auch mit den offenen Feinden der Republik und der Arbeiterklasse fertig zu werden!

men, und es sei anzunehmen, daß sie zu einem befriedigenden Abschlusse kommen werden.

Sollte das zutreffen, so wird das ohne Zweifel günstig auf die innerpolitische Lage einwirken.

### Die Reichstagsitzung.

Vor dem Sturz.

Berlin, 23. November. In der heutigen Sitzung des Reichstages wurde die politische Aussprache fortgesetzt. Es liegen drei Mißtrauensvoten gegen die Regierung vor u. zw. die zwei unmotivierten der Deutschnationalen und der Kommunisten und das motivierte der Sozialdemokraten. Der Reichskanzler gab sofort zu Beginn der Aussprache die Erklärung ab, daß sich die Reichsregierung nicht mit einer eventuellen Ablehnung der verschiedenen Mißtrauensvoten bei wechselnden Mehrheiten zufriedengeben werde. Die Reichsregierung fordere eine klare unzweideutige Entscheidung darüber, ob sie das Vertrauen des Parlamentes besitze oder nicht. Der Reichskanzler forderte deshalb die der Regierung nahestehenden Fraktionen auf, durch Einbringung eines Vertrauensvotums eine klare Entscheidung herbeizuführen. Diefem Wunsche kamen die Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft nach, indem der Führer der Fraktion der deutschen Volkspartei ein von seiner Partei, dem Zentrum und den Demokraten unterschriebenes Vertrauensvotum einbrachte, welches lautet: „Der Reichstag spricht der Regierung das Vertrauen aus.“

Im Anschlusse daran wurde die politische Debatte fortgesetzt. Zunächst ergriff der Vertreter der Demokraten Erlesing das Wort, der sich für die Regierung erklärte.

Darauf protestierte der Kommunist Koenen in einer Bemerkung zur Geschäftsordnung gegen das heute ergangene Verbot der kommunistischen Partei und beantragte, daß das Haus sofort dazu Stellung nehme und die Aufhebung des Verbotes beschließe. Der Präsident Voelke stellte fest, daß gegen die Verbindung dieses kommunistischen Antrages mit der politischen Aussprache kein Widerspruch erhoben werde, der Antrag also angenommen sei. Koenen beantragte nunmehr den Reichskanzler aufzufordern, sich sofort zu der Sache zu äußern. Präsident Voelke lehnte dies jedoch ab, da man den Reichskanzler ebensowenig wie ein anderes Mitglied des Hauses zwingen könne, zu einem bestimmten Zeitpunkt das Wort zu ergreifen.

Darauf sprach der Abgeordnete Leicht im Namen der bayerischen Volkspartei und erklärte, daß keine Partei der Regierung nicht das Vertrauen ausspreche.

Der nächste Redner war Reichswehrminister Dr. Gehler, der das Vorgehen der Reichswehr in Sachsen und Thüringen zu rechtfertigen sich aufschickte. Er sagte: Ich halte es für ein Unglück, daß wir in einer Zeit, in welcher die deutsche Nation von Außen bedroht wird, uns gegen den Bürgerkrieg wenden müssen. Die Nationalsozialisten und die Kommunisten, die in ihren Zielen so verschieden sind, sind einzig in ihren Mitteln, nämlich in der Anwendung der Waffengewalt. Wir können die Kampfpläne von rechts und links und haben uns entschlossen, diesen Kampf mit den härtesten Mitteln für die deutsche demokratische Republik aufzunehmen. (Beifall.) Kahr war als Vertrauensmann weitestest Kreise auch in Norddeutschland bekannt. Als er zum bayerischen Generalstaatskommissär ernannt wurde, wuchs die Gefahr. Wir waren entschlossen, den Kampf auf dem Kampfplatz in Mitteldeutschland aufzunehmen, aber wir durften nicht die kommunistischen Sonderhorden im Rücken haben. Wir konnten nicht dulden, daß in dieser Zeit in Landesregierungen Kommunisten saßen, die selbst den Umsturz der Weimarer Verfassung gewaltsam erreichen wollten. Der Sinn der Ernennung des Generals Seeckt zum Inhaber der vollaufgehenden Gewalt war der, daß um die deutsche Republik gekämpft werde. Wir sind entschlossen, jeglichem Veruche eines gewaltsamen Umsturzes der Verhältnisse zu



# Ein Gewaltdreißer der Generale.

## Seckt verbietet die Organisationen der Kommunisten, der Nationalsozialisten und der öffentlichen Freiheitlichen.

Berlin, 23. November. (Wolff.) Durch zwei vom General von Seckt unterzeichnete Verordnungen werden für das ganze Reichsgebiet aufgelöst und verboten:

1. Sämtliche Organisationen und Einrichtungen der kommunistischen Partei Deutschlands, der kommunistischen Jugend und der kommunistischen Dritten Internationale.

2. Sämtliche Organisationen und Einrichtungen der nationalsozialistischen Arbeiterpartei und der deutschvölkischen Freiheitspartei.

Nach einer Verfügung des Reichsjustizministers werden an sämtlichen drei Landgerichten Berlins zur Aburteilung von Minderern Sondergerichte gebildet werden.

Dresden, 23. November. (Tsch. P.-B.) Wie wir erfahren, hat der Militärbeschlusshaber, Generalleutnant Müller, ein Verbot der kommunistischen und der nationalsozialistischen Parteien Sachsens erlassen.

Berlin, 23. November. (Wolff.) In der Verordnung zur Auflösung der nationalsozialistischen Arbeiterpartei und der deutschvölkischen Freiheitspartei wird als Begründung u. a. genannt: Die nationalsozialistische Arbeiterpartei hat es unternommen, Soldaten der Wehrmacht zum Ungehorsam zu verleiten. Die deutschvölkische Freiheitspartei verfolgt dieselben Ziele. Ihr Führer von Graefe hat an dem Unruhvorgang teilgenommen, ihn öffentlich gebilligt und die Soldaten zum Ungehorsam aufgefordert.

## Ein Handstreich der Separatisten.

### Ludwigshafen mit französischer Hilfe besetzt.

Ludwigshafen, 23. November. (Wolff.) Heute früh sind bewaffnete Separatisten überraschend in die Stadt eingedrungen. Um 10 Uhr wurde die gesamte Polizei in der Hauptwache zusammengezurufen und dort von den Franzosen entwaffnet. Die Separatisten haben inzwischen das Stadthaus Ludwigshafen besetzt. Die Franzosen haben die Brückentore geschlossen, so daß der Verkehr nach Mannheim unterbunden ist.

## Poincaré antwortet Stresemann.

Paris, 23. November. In der heutigen Kammerdebatte ergriff zu Beginn der Interpellationsdebatte über die auswärtige Politik Ministerpräsident Poincaré das Wort. Er erklärte zu Beginn, er wolle das am letzten Freitag der Kammer gegebene Versprechen einhalten, von den Ereignissen zu sprechen, die sich im Laufe der letzten Wochen zugetragen hätten. Nach einer kurzen Kritik der letzten Rede Stresemanns im Reichstage, wandte sich Ministerpräsident Poincaré der Rückkehr des deutschen Kronprinzen zu und bezeichnete die Wiederaufrichtung der Hohenzollern-Dynastie einen unseligen Versuch und eine dauernde Bedrohung für den europäischen Frieden. Auf die Arbeit Frankreichs übergehend, gab Poincaré einen Überblick über die Entwicklung dieser Frage und die Verhandlungen über den Abschluß eines Garantiepaktes seit dem Jahre 1919.

## Vertrauen zu Poincaré.

Paris, 23. November. (Havas.) Nach der Erklärung Poincarés nahm die Kammer mit 500 gegen 70 Stimmen die Tagesordnung an, mit der der Standpunkt der Regierung in den Beratungen der Vorkonferenz genehmigt und der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird.

## Tauben Ohren gepredigt.

### Ein Appell an Frankreichs Einsicht.

London, 23. November. (AP.) Kriegsminister Lord Derby hielt in Fleetwood eine Rede über die Ruhrfrage. Er sprach die Meinung aus, daß die Okkupation von Standpunkte der Erzielung von Reparationen aus ein Fehlschritt war und möchte jetzt seinen französischen Freunden sagen: Nachdem ihr euch die Vereinwilligkeit zum Handeln gesichert habt, seid vorsichtig, damit ihr die Zahlungsfähigkeit nicht verhinert. Jetzt, sagte er hinzu, ist die Zeit für England mit seinen Alliierten und Amerika gekommen, um eine Prüfung der wirtschaftlichen Bedingungen Deutschlands vorzunehmen und zu versuchen, eine Lösung herauszufinden; er forderte die Franzosen auf, einer derartigen Untersuchung keine Hindernisse in den Weg zu legen, weil sie nach seiner Ansicht für Frankreich ebenso nützlich wäre, wie für England.

## Der Konflikt in der Wiener Metallindustrie.

Wien, 23. November. (Eigenbericht.) Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Metallarbeiter und den Vertretern des Industrieverbandes, die heute nachmittags stattfanden, haben sich nach vierstündiger Dauer zerschlagen, da die Unternehmer zu keinen weiteren Konzessionen zu bewegen waren. Ueber die weitere Taktik der Metallarbeiter wird eine Konferenz der Vertrauensmänner der Wiener Metallarbeiter mit den Vertrauensmännern der Metallarbeiter der Provinz entscheiden, die am Sonntag stattfindet. Auch

In der Begründung der Verordnung zur Auflösung der kommunistischen Partei heißt es: Die kommunistische Partei hat durch ihren bewaffneten Aufstand in Sachsen und Thüringen und durch die Aufrufe der Reichszentrale in den beiden letzten Monaten erwiesen, daß sie beabsichtigt ist, Soldaten der Wehrmacht zum Ungehorsam gegen ihre Vorgesetzten und die Bevölkerung zum Widerstand gegen die Anordnungen der Inhaber der vollziehenden Gewalt zu verleiten und durch politischen Generalstreik und bewaffneten Aufstand die verfassungsmäßige Staatsform des Deutschen Reiches umzustürzen. Die kommunistische Jugend hat sich an diesen Bestrebungen durch Tat und Kundgebungen beteiligt. Die dritte Internationale, der die kommunistische Partei Deutschlands und die kommunistische Jugend angehören, hat diese Bestrebungen begünstigt und für sie durch Schriften gewonnen. Das gesamte Vermögen der verbotenen Vereinigungen und Einrichtungen wird beschlagnahmt.

## Kommunistenverfolgungen.

Erfurt, 23. November. (Wolff.) Nach einer Mitteilung des Polizeipräsidenten wurde die nach dem Eintreffen der Reichswehr in Thüringen nächstgewordene Leitung der kommunistischen Partei Deutschlands von Großthuringen, insgesamt fünf Personen, die sämtlich unangemeldet hier wohnten und zum Teile keine Papiere hatten, heute früh festgenommen. Zahlreiches schriftliches Material wurde beschlagnahmt.

die Unternehmer haben am Montag eine Delegiertenkonferenz einberufen, die zu dem am Sonntag gefassten Beschlusse der Metallarbeiter Stellung nehmen soll. Wie die Verhältnisse aber liegen, ist nahezu keine Hoffnung auf eine Beilegung der Konflikte vorhanden und es dürfte der Streik ausbrechen.

## Reaktion in Sachsen.

Die neue Regierungsbildung, die das reaktionäre Wirken des Reichskommissars Heinze bedeutet, hat nicht vermocht, den militärischen Druck, der seit einigen Wochen auf Sachsen lastet, aufzuheben. Im Gegenteil, es liegen neuerdings Handlungen der Reichswehr vor, die den Schluß zulassen, daß das von der Reaktion beabsichtigte und erhoffte, durch die neugebildete sozialistische Regierung aber ahmgelegte Wirken des Reichskommissars nun durch die Reichswehr weitergeführt und vollendet werden soll. In letzter Zeit mehrten sich die Verhaftungen von völlig unschuldigen Personen in erschreckender Zahl und die brutalen Mißhandlungen dieser Verhafteten nehmen eine Form an, daß sich selbst der Wehrkreis-Kommandeur Müller genötigt gesehen hat, in einem Armeebefehl

# Der dritte Tag der Budgetdebatte.

Breg, 23. November. Am heutigen Tage bot die Kammer das Bild das noch von der Budgetdebatte im vorigen Jahre in aller Erinnerung steht. Die Redner sprachen vor leeren Bänken oder finden Zuhörer nur in den Reihen ihrer Parteigenossen.

## Die Parlamentszensur.

Der Vorsitzende Tomasek eröffnete die Sitzung mit der Mitteilung, daß das Präsidium gemäß Paragraph 9 der Geschäftsordnung beschlossen habe, aus dem stenographischen Protokoll der Rede Blazels vom Vortag, die die Sicherheit des Staates bedrohenden Stellen über das Wüten der Prager Polizei zu streichen.

Das Haus setzte dann in der Spezialdebatte die Aussprache über die politische Gruppe fort.

## Eine kleine Fälschung im Friedensvertrag.

Dr. Buden (Slow. Volkspartei) beschwert sich, daß der in Pittsburg abgeschlossene Vertrag zwischen der tschechischen und slowakischen Nation nicht eingehalten werde. Sogar die Friedensverträge seien gefälscht worden, was auch daraus hervorgeht, daß die Republik im französischen Texte als „Tschecho-Slowakei“ und im tschechischen Texte als „Tschecho-Slowakei“ bezeichnet wird. Redner beschwert sich ferner über die Bedrückung der slowakischen Sprache, wofür er die tschechischen Aufschriften der öffentlichen Gebäude in der Slowakei als Beweis führt.

Bergmann (tschech. Nat.-Dem.) verteidigt sich über seine Behauptung, daß bei uns der Sozialismus geherrscht habe und befaßt sich wegen mit der Vordemokratie.

## Schon wieder deutschbürgerliche Sorgen um die Wucherer.

Schubert (Bund der Landwirte) ist von Sorgen um die Kriegswucherer erfüllt und fordert eine Reform des Wucherergesetzes, welches zu ungerechtfertigter Tyrannei führt. Schu-

berl diesem schmählischen Vorgehen Einhalt zu gebieten und seine Untergebenen um die Verhütung eines ertäglichen Verhältnisses mit der Bevölkerung zu ersuchen.

Offen wird darauf hingearbeitet, den Einfluß der Sozialdemokratie auf die Staatsmaschine stark zu beschränken oder völlig lahmzulegen. So hat der kommandierende General, nachdem die Staatspolizei dem Militär unterstellt worden war, angeordnet, daß die Polizei bis zu 50 Prozent aufgefällt wird, angeblich damit die Polizei nach Aufhebung des Ausnahmezustandes in dem Zustand gesetzt ist, eventuelle Unruhen zu meistern.

Diese Anfüllung wird, das unterliegt keinem Zweifel, mit reaktionären Kräften erfolgen. Die sächsische Regierung hat nur noch das Recht, die Gelder zu bewilligen. Es dürfte deswegen unzweifelhaft zu einem Verfassungskonflikt kommen, da Landtagsmehrheit und Regierung den Polizeieinsatz nicht bewilligen werden. Weiter wurden sämtliche sozialdemokratischen Zivilkommissare, die der Landespolizei beigegeben waren und die bei Differenzen mit der Bevölkerung vor dem Einsatz der Polizei vermittelnd einzugreifen hatten ihres Amtes enthoben. Das gleiche geschah dem Dresdner Polizeipräsidenten Genossen Wenzel und einer Anzahl in der Polizeiverwaltung tätiger sozialdemokratischer Juristen. Auch daß die Dresdner Volkszeitung wegen Feststellung von Verfehlungen der Reichswehr auf 10 Tage verboten wurde, ist mit ein Glied in dieser Kette.

Alles dies erweckt den Anschein, als wolle man: dem im Reiche eventuell in Aussicht stehenden reaktionären Regierungsdirektorium in Sachsen zuerst den Weg ebnen. Für die Demokraten sind diese Dinge eine schwere Belastung. Jedenfalls wird sich der sächsische Landtag am kommenden Dienstag erneut mit dem Vorgehen der Reichswehr beschäftigen.

Alle diese Einzelerscheinungen erwecken den Eindruck, als hiele die Reaktion zum letzten Schläge aus, wobei das erste Treffen in Sachsen geliefert wird. Das Unternehmertum und die führenden reaktionären Kreise glauben, daß bei der gestürzten Wirtschaft, insbesondere Sachsens, die Arbeiterklasse ihre Bedeutung für die Wirtschaft verloren hat, sie wollen deren Schwachzustand ausnützen und sie zwingen, einen Teil der sozialen Errungenschaften, Achtstundentag, Arbeitslosenunterstützung, Rechte der Betriebsräte usw., unter härtestem Druck aufzugeben. Daneben soll, nachdem das Ruhrgebiet so gut wie verloren ist, eine starke Steigerung der Produktion der Wirtschaft und den Staat wieder aufzurichten. Da diese Produktionssteigerung am bequemsten durch Niederhaltung der Arbeiterklasse zu erreichen ist, geht man planmäßig an diese Aufgabe heran. Es muß sich nun zeigen, ob die Arbeiterklasse bei ihrer wirtschaftlichen Entbehrlichkeit und nach den vielen materiellen Opfern der letzten Monate noch genügend Widerstand leisten oder ob durch die Politik der Reichstagsfraktion die Gefahr beseitigt werden kann.

Wenn das Proletariat Positionen preisgibt oder gar gewaltsam niedergeschlagen wird, dann wird dies unzweifelhaft auch auf die Staatsform nicht ohne Einfluß sein. Denn fällt die stöckste Stütze der Republik, dann ist auch diese selbst auf das äußerste gefährdet. Das deutsche und vor allem das sächsische Proletariat stehe also gegenwärtig vor Gefahren, wie kaum je zuvor.

bert kann offenbar hinter Kadaba, der diese Sorgen ebenfalls in der Budgetdebatte vorbrachte, nicht zurückziehen.

Hnidel (tschech. Agrarier) bezeichnet die gegenwärtige bulgarische Regierung Cankow als germanophil und erklärt, daß die Bulgaren dieselben Bestrebungen haben wie die Ungarn. Das Verhältnis Bulgariens zur Entente lasse sich am besten dadurch charakterisieren, daß unter Zustimmung der Regierung Flugblätter verbreitet werden, auf denen die Entente bildlich dargestellt ist, die mit Kanonen und Gewehren auf den bedrückten Nationen sitzt, unter welchen sich außer den Bulgaren, Magyaren und Deutschen auch die Tschecho-Slowaken befinden. Ein eventueller Krieg Bulgariens mit Jugoslawien würde ganz bestimmt auch Mitteleuropa in Mitleidenenschaft ziehen.

## Offiziere und Mannschaft.

Der nächste Redner ist Genosse Joll, der u. a. auch das Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaft in der Armee behandelt. Er sagt hierbei: Von den 475 Millionen Kronen Ersparnissen im Militärbudget geht ein Drittel auf Kosten der Mannschaft. Darunter bei der Teuerungszulagen 44 Millionen Kronen, bei der Verpflegung 57 Millionen, beim Brot 25 Millionen Kronen. Die Teuerungszulagen sollen im nächsten Jahr bei der Mannschaft um 50 Prozent herabgesetzt werden und zwar von 2 Kronen auf 1 Krone täglich. Ich möchte feststellen, daß wir innerhalb von fünf Jahren wieder schon Verabsackungen der Mannschaftslöhne gehabt haben. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Löhnung des Soldaten und auch die Teuerungszulagen eigentlich gar keine Entschädigung für die Militärdienstleistung sind, sondern nichts anderes bedeuten, als einen Zuschuß des Staates zu den notwendigen Anschaffungen und Requisitionen, die dem Soldaten nicht ausgefolgt werden, wie Puhgeld, Reinigungsgeld, Pferdewartung, Wäschereinigung, Friseur etc.

Das schändlichste bei der ganzen Geschichte ist aber, daß der kranke Soldat dem Arrestanten

Sachsenland, komme er, woher er wolle, mit allen Mitteln entgegenzukehren.

Der nächste Redner, der Sozialdemokrat Rosenfeld, protestiert in scharfen Worten gegen das Verbot der kommunistischen Partei. Der thüringische Ministerpräsident Frölich führte aus, die proletarischen Selbstschutzorganisationen in Thüringen seien nur zur Abwehr der rechtsunehrlichen Verbände gebildet worden. Frölich sagte: Wir pfeifen auf das Verbot der kommunistischen Partei, weil es von einer Macht kommt, die zusammenbricht. Im Kampfe gegen die Militärdiktatur rufen wir das gesamte Proletariat zum bewaffneten Aufstand auf. Im Anschluß an diese Rede bringt der kommunistische Abg. Roenen ein Hoch auf die kommunistische Partei aus, in das die anwesenden Kommunisten dreimal einstimmen. Der deutschvölkische Abg. Henning protestiert gegen das Verbot der deutschvölkischen Freiheitspartei. Mit Bajonetten könne man keine geistige Bewegung niederhalten. Damit schließt um 7 Uhr abend die politische Aussprache. Präsident Loebe läßt eine Pause von einer halben Stunde eintreten.

## Ablehnung aller sozialistischen und kommunistischen Anträge.

Berlin, 23. November. (Wolff.) Die sozialistischen und kommunistischen Anträge auf Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes wurden abgelehnt. Ein kommunistischer Antrag auf Hochverratsanklage gegen die Beteiligten am Münchener Putsch insbesondere gegen Raahr, Lafrow, Lubendorf, Zeiser und Hitler wurde abgelehnt. Die Demokraten erklärten dazu, daß auch diejenigen von ihnen, welche gegen den Antrag gestimmt haben, wünschen, daß mit aller Schärfe gegen Hochverräter eingeschritten werde. Sie wollten nur vermeiden, daß ein politisches Parlament in die Justiz eingreife. Der Antrag auf Aufhebung des Verbotes der kommunistischen Partei wurde abgelehnt.

Der Präsident schloß die Sitzung mit der Erklärung, er werde die nächste Sitzung anberaumen, wenn die aus den heutigen Abstimmungen sich ergebenden Folgerungen gezogen seien.

## Täglich Arbeitermeutereien.

### Deutsche Polizei und französisches Militär gegen Arbeiter.

Essen, 22. November. (Wolff.) Heute ist es hier abermals zu Unruhen gekommen. Die Kommunisten hatten für nachmittags auf dem Republikplatz Kundgebungen angesetzt. Von auswärts anrückende Züge wurden von der Polizei zurückgedrängt und aufgelöst. Dabei kam es im Laufe des späteren Nachmittags zu Zusammenstößen, bei denen die Polizei von der Schusswaffe Gebrauch machte. Französische Patrouillen mit Panzerkraftwagen standen zur Sicherung bereit. Bei der Schieberei wurden auf Seite der Polizei ein Beamter getötet und ein weiterer Beamte schwer verwundet. Soweit bisher bekannt, hatten die Demonstranten 15 Verwundete. Die Zahl der Toten steht noch nicht fest.

Glöbbed, 23. November. (Wolff.) Gestern nachmittags versammelten sich Bergarbeiter familiärer Zeichen auf dem Marktplatz, um sich zu einem Demonstrationzuge zum Rathaus zu gruppieren. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei. Ein Toter und mehrere Verwundete sind zu beklagen. Die Ruhe ist wiederhergestellt.

## Der Hunger verläßt.

Berlin, 23. November. (Wolff.) In verschiedenen Stellen der Stadt kam es heute vormittags zu Minderungen. Es wurden drei Schlächtereien und drei Bäckereien heimgesucht. Ein Trupp von zehn Männern und Frauen die geschlossen von Laden zu Laden zogen, um Lebensmittel zu erhalten, wurde festgenommen.

## Das Raub- und Mausepiel mit Bayern.

### Gegen die sozialistischen Staaten die Reichsregierung, gegen Bayern — eine papierene Entscheidung.

Berlin, 23. November. (Wolff.) Im Reichsausschuß des Reichstages wurde heute nach einer längeren Aussprache über den bayerischen Ausnahmezustand ein Antrag des Zentrumsabgeordneten Bell angenommen, wonach für den Fall, daß die Verhandlungen der Reichsregierung mit Bayern nicht bald zu einem befriedigenden Ergebnis führen, die Entscheidung des verfassungsmäßigen Staatsgerichtshofes über die Rechtsgültigkeit der bayerischen Ausnahmeverordnungen herbeigeführt werden soll. Diese Dringung wird dem Herrn von Raahr mächtig imponieren!

## Ein selbständiger Rheinlandsstaat?

Paris, 22. November. (Havas.) Die hiesige „Daily Mail“ meldet aus Düsseldorf: Der Interalliierte Oberkommissar Tirard empfing den Oberbürgermeister von Köln Adenauer und die 14 hervorragenden Persönlichkeiten der Rheinlande, welche ihm den Entwurf zur Schaffung eines autonomen Rheinlandes überreichten, welchen ein besonderer Direktorium im Rahmen der Belmarter Verfassung verwaltet würde.



gleichgestellt wird, überhaupt keine Teuerungszulage bekommt und von der Löhnung auch nur die Hälfte, so daß

Der kranke Soldat zu seiner Körperpflege den horrenden Betrag von 25 Hellern täglich erhält.

Alle unsere Bemühungen im Wehrausschuß eine Besserung dieser Zustände herbeizuführen, waren vergeblich. Bei der Mannschaftsverpflegung will der Herr Minister für den gefundenen Mann 54 Heller und für den kranken 3,65 Kronen täglich ersparen. Ist das bei gleichbleibender Qualität der Verköstigung und bei den steigenden Lebensmittelpreisen möglich? Insbesondere bei der Krankenpflege bedeutet diese gewaltige Ersparnis die Wegnahme der einzigen bestehenden Möglichkeit, den schwachen Körper wieder herzustellen. Wir wissen ja alle, was von den sogenannten militärischen Medizinern zu halten ist, sie bestehen ja ausschließlich aus Aspirin, Nitrozin und Kodain. Wenn sich der Soldat durch eine ordentliche Ernährung nicht wieder herstellen kann, so ist er überhaupt verloren.

Wie notwendig eine bessere Verpflegung der Mannschaft wäre, gilt insbesondere für die endliche Lösung der langjährigen Forderung der Soldaten nach einem warmen Nachtmahl. Im Wehrausschuß wurde der Beschluß gefaßt, die Intendanz habe innerhalb vier Wochen einen diesbezüglichen Antrag zu unterbreiten. Der Antrag wurde natürlich nicht beachtet. Dogopen haben wir gelesen, daß der Ministerrat den Beschluß gefaßt hat, jedem Soldaten zwei Kaffeeportionen und fünf Gramm Zucker zu geben. Der Soldat bekommt nach den gegenwärtigen Vorschriften zweimal 100 Gramm Fleisch in der Woche, zweimal 100 Gramm Kartoffel, dreimal 100 Gramm Kaffee, einmal 25 Gramm Zucker und 1 Gramm Tee. Ich habe nur einen Wunsch, daß der Mensch, der ausgerechnet hat, daß dieses Quantum von Lebensmitteln für einen Soldaten genügt, Zeit seines Lebens keine andere Verpflegung bekommen sollte.

Die Verpflegung, die der Soldat in unserem Heer bekommt, ist nur ein Spiegelbild dessen, was unserer Heeresverwaltung der Soldat überhaupt gilt. Hier wäre einzugehen, wenn man nach den Gründen der furchtbaren Selbstmordstatistik bei den Soldaten forscht.

Vom 1. Oktober 1921 bis zum 30. September 1923 wurden in unserem Heere 106 Selbstmorde gezählt,

aber nur solche, die mit dem Tode endeten, und zwar sofort oder innerhalb 20 Tagen. Die wirkliche Zahl der Lebensüberdrüssigen ist aber weit größer als die Ziffer 106. Schon die unterbreiteten Zahlen sind furchtbar, wie furchtbar mühte es erst auf die Öffentlichkeit wirken, wenn wir die genaue Ziffer aller vorgenommenen Selbstmordversuche hätten. Auf 100.000 Mann entfallen in unserer Armee rund 78 Selbstmorde, im alten Oesterreich im Jahre 1912 auf 100.000 Mann 70 Selbstmorde.

Es wird die Liebe zu dem Dienst bei den Soldaten ganz gewaltig heben, wenn sie am 1. Jänner hören werden:

Die Teuerungszulagen der Mannschaft werden um 50 Prozent reduziert und die Offizierszulagen erhöht.

Bei der Mannschaft konstatiert die Heeresverwaltung eine Abnahme der Teuerung, bei den Offizieren zur Begründung der Erhöhung der Offizierszulagen dagegen eine Steigerung der Fleischpreise! Dann heißt es in der Begründung: Es ist unfaire, daß derzeit ein Soldat im Vergleich mit einem jüngeren Offizier ganz anders versorgt ist. Bitte, dann wäre die Sache einfach zu lösen: alle jüngeren Offiziere sollen an der Mannschafsmenage teilnehmen, wenn sie schlecht verpflegt sind, und die Geschichte ist erledigt!

Der fliegende Minister.

Redner weist dann darauf hin, daß beim Ministerium für Nationalverteidigung das System vorliegt, jedes Jahr eine Gruppe der Rüstungen herauszugeben und diese besonders zu forcieren. Im Jahre 1921 und 1922 waren es die Motoren und Armaturen, im Jahre 1923 das Artillerie- und Automobiltwesen, im Jahre 1924 das Flugwesen. Für Flugzeuge wollen wir das nächste Jahr 15,5 Millionen mehr ausgeben, nämlich statt 130 145 Millionen. In vier Jahren haben wir für Flugwesen 450 Millionen ausgegeben. Welchen Umfange wir es zu danken haben, daß das Flugwesen so besonders forciert wird, das hat der französische General Mittelhauser bei seiner 50. Geburtstagfeier als Antwort auf die Gratulationsrede des Ministers ausgesprochen. Auf die Anstundelung des Ministers sagte er unter anderem: Sie können die Unabhängigkeit nicht anders bewahren, als wenn Sie die Freiheit der Luft haben, die Luftverbindungen mit der Basis des Westens erhalten. Sie tun weit mehr. Herr Minister, Sie leiten nicht nur die Schritte des nationalen Flugwesens, Sie fliegen selbst.

Der Herr Minister hat sich zu einem großen Flieger entwickelt, er fliegt nach Breslau, er fliegt nach Reusatz, nach Sarajewo, er fliegt nach Moskau, es vergeht keine Woche, in der er nicht fliegt. (Lebhafte Heiterkeit, Beifall.)

Nach der tschechischen Nationalsozialistin Pechmann sagt

Felersfeld (v. Christ. Soz.), daß Minister Dr. Beneš bisher die Antwort auf die an ihn bereits zweimal gestellte Anfrage schuldig geblieben ist, ob eine Militärkonvention der Tschechoslowaken

Republik mit Frankreich besteht oder nicht. Der Anschauung des Ministers, daß die Rückkehr des Kronprinzen nach Deutschland keine innere Angelegenheit Deutschlands sei, müsse deutschseits widersprochen werden. Unterstrichen muß werden, daß der Außenminister sagt, daß gegebenenfalls die Tschechoslowakei sich an den Sanktionen gegen Deutschland beteiligen würde. In einem solchen Falle aber wäre mit der Opposition des deutschen Volkes in der Tschechoslowakei zu rechnen.

Nach dem Nationaldemokraten Matoušek gelangt zu Worte

Dr. Brunnar (v. Nat.): Zur Unterstützung seiner Außenpolitik bedarf der Außenminister der Armee. Daher kann die tschechoslowakische Armee nur eine nationale Armee sein. Darum können wir Deutsche auch nie damit rechnen, deutsche Armeeteile zu erhalten. Redner begründet sodann eine Anzahl von Anträgen, darunter auf Schaffung eines Söldnerheeres und Auflösung des Parlaments. Er übt weitere Kritik an der Amtsführung der politischen Behörden und gibt zum Schluß seiner Ueberzeugung Ausdruck, man werde nicht zur Auflösung der Nationalversammlung schreiten, da durch diese die große Lüge vom Nationalstaat sofort vernichtet werden würde.

Vizepräsident Burkhal ruft den Redner für die Worte: „... zur Erhaltung ihres Raubes“ zur Ordnung.

Bit (tschech. Sozdem.) polemisiert mit Brunnar und sagt, daß die deutsche Bauern- und Arbeiterschaft über den Staat ganz anders denkt und daß sie zu einem freundschaftlichen Zusammenleben mit der tschechischen Nation den Weg sucht. Es wird nötig sein, daß das deutsche Volk auf seine Führer wirkt, damit sie es auf den Weg ruhiger Zusammenarbeit und nicht extremen Kampfes führen.

Darvis (Kommunist) befaßt sich mit Rowastischen und tschepatoslawischen Verhältnissen.

Die nationalökonomische Bodenreform.

Als nächster Redner führt Genosse Schweighart u. a. aus:

Es ist notwendig, über die Durchführung der Bodenreform ein Wort der Kritik zu sagen. Wenn wir das tun, müssen wir damit rechnen, daß uns von Regierungskreise Feindschaft vorgeworfen wird, wie das in der Denkschrift der Regierung an den Völkerbund geschehen ist. Man will damit das Gewicht unserer Kritik aufheben und darauf, als ob wir aus Böswilligkeit handeln würden. Diese Behauptung ist unsinnig, insbesondere bei uns, die wir prinzipielle Freunde der Bodenreform sind. Ich brauche nur auf die Beschlüsse des Parteitag in Teplitzen vom Dezember 1921 hinzuweisen. Aber mit aller Entschiedenheit bekämpfen wir den

Mißbrauch der Bodenreform für nationalistische, Partei- oder persönliche Zwecke.

Redner haben wir schon in der Revolutions-Nationalversammlung gesehen, daß die Absicht besteht, die Bodenreform zu nationalistischen Zwecken zu mißbrauchen und einer der Wortführer in dieser Richtung war der heutige Präsident des Bodenamtes Dr. Biskovsky, der der böse Geist in Bodenamt ist, und ich halte es für ganz überflüssig, wenn er sich im Budgetausschuß vor wenigen Tagen in der Richtung verteidigt hat, daß er niemals erklärt habe, die Bodenreform werde nicht national durchgeführt und habe keinen nationalen Charakter. Der Geist Dr. Biskovskos spricht auch aus dem mehrsprachigen Blatt „Straz moravska“, das behauptet, mit der Durchführung der Bodenreform in Nordmähren im Jahre 1923 seien schöne nationale Erfolge erzielt worden. „Viele deutsche Siedlungen fallen, andere sind stark untergraben oder erschüttert.“ Das sind nackte Tatsachen. Da behauptet nun die Regierung gegenüber dem Völkerbund, sie habe niemals nationale Tendenzen bei der Bodenreform verfolgt. Die ursprüngliche Absicht, durch die Bodenreform weit über vierhunderttausend Landstellen für Kleinlandwirte zu schaffen, wird unter dieser Methode nie erfüllt werden.

Ueber die Art der Verteilung von Grund und Boden muß auch gesprochen werden. Es bestehen lebhaftes Klagen darüber, daß bei der Verteilung an die Kleinlandwirte eine

offenkundige Bevorzugung der tschechischen Staatsbürger

zu verzeichnen ist und daß die Deutschen absichtlich zurückgesetzt werden.

Nach dem „Kleinen Landwirt“, dem Organ der deutschen Kleinbauern, ist auf dem Grundbesitz Czernh Grund und Boden verteilt worden; die deutschen Bewerber erhielten 1 bis 1,5 Hektar Grund, die tschechischen Bewerber 3 bis 8 Hektar und noch mehr! In Buchau, auf dem Großgrundbesitz Bukow ist der Gutebesitz zur Hälfte an einen slowakischen Geldmann und der Rest an drei Bauern verteilt worden. Die kleinen Landwirte sind durchgefallen.

Man verfolgt mit der Verteilung rein politische Zwecke, dient damit nicht der Allgemeinheit. Am ärgsten ist es im Hultschiner Gebiet. Einer Deputation aus Groß-Tschowitz, welche beim Troppauer Landesamt, beim Ingenieur Kosac, vor sprach, ist die Antwort zuteil geworden,

nur diejenigen, die tschechisch wählen, bekommen Grund und Boden, die anderen können nach Deutschland gehen.

Nach dieser Methode wird bei der Verteilung im Hultschiner Gebiet verfahren. In Kleinhoschitz erhielten die Bauern Grund unter dem Titel „Bauweide“ aber soviel Grund, daß sie

ihn in zwanzig Jahren nicht verwerten können. Die kleinen Landwirte sind abgewiesen worden!

Eine Illustration zur Tatsache, daß Proletenwirtschaft getrieben wurde, und daß Korruption im Bodenamt herrscht, ist die Tatsache, daß mir offiziell von einem hohen Funktionär des Bodenamtes bestätigt wurde, daß die meisten Fachberater bei der politischen Bezirksverwaltung wegen Bestechlichkeit davongejagt werden mußten. Charakteristisch ist auch die Zuteilung von Grund für Sportweide und an Turnvereine. An tschechische Turnvereine sind 575 Hektar Sportplätze verteilt worden, an deutsche und andere nur 20 Hektar!

Was die Uebernahme der Grenzwälder durch den Staat betrifft, so sei konstatiert, daß die staatliche Waldwirtschaft nur einen fraglichen Wert hat. Es wird auch, da sie keinen Nutzen abwirft, geplant, die großen Wälder an ausländische Kapitalisten zu verpachten, wogegen Verwahrung eingelegt werden muß. Die Frage der Zuteilung von Grund und Boden an langjährige Pächter ist noch immer nicht gelöst. Ebensovornig weiß man Bestimmtes darüber, was mit den landwirtschaftlichen Industrien der ausgeleiteten Großgrundbesitze geschehen soll. Wenn die Bodenreform in der Weise durchgeführt werden sollte, wie es bisher der Fall ist, dann wird sie weder dem Staate noch dessen Bevölkerung von Nutzen sein.

Nach dem Kommunisten Haken sprach Genossin Blatny.

Sie erklärt, das Personal der Strafanstalt sei mit administrativen Arbeiten überbürdet und könne sich seiner Aufgabe, die Psyche der Sträflinge zu studieren, daher nicht widmen. Besonders besorgniserregend sei der Mangel an Anstaltsärzten. Die Kost in den Strafanstalten wird durch ihre Einseitigkeit geradezu schädigend. Rednerin bespricht ihre Erfahrungen bei der Kontrolle der Jugendstrafanstalt in Nikolsburg, leider sei man ihren Vorschlägen betreffs dieser Anstalt nur mit einem platonischen Interesse begegnet. (Beifall.)

Genosse Hgl.

Er erklärt, die geringste Aenderung eines Gesetzes und auch des Voranschlags wurde sofort unter den Koalitionsparteien Reid und Mißtrauen erwecken. Deshalb müsse in diesem Hause alles so angenommen werden, wie es vorgelegt wird. Darum bedeutet die Koalition auch einen Zwang für die Opposition. In Besprechung des Staatsvoranschlags selbst fordert Redner zu Kapitel 1 die Streichung der Post „Militärkanzlei“ in der Kanzlei des Präsidenten, und bemängelt weiter, daß von der Bau- und Wirtschaftsabteilung der Burg bisher kein Bauprogramm vorgelegt worden ist. Mit Rücksicht auf die derzeitige Situation in Deutschland, verlangt Hgl., daß den für Deutschland eingeleiteten Hilfsaktionen keine Schwierigkeiten bereitet werden. Er beantragt namens unserer Partei weiters die Streichung der Post für die Gesandtschaft beim Vatikan im Etat des Außenministeriums und verwahrt sich dagegen, daß durch den Informationsdienst im Auslande ein Teil der eigenen Staatsbürger der Republik im Auslande verunglimpft werden. Schließlich spricht er den Wunsch aus, daß seitens des Außenministeriums auf die Befreiung der Beschränkungen im Grenzpolizei-Einfluß genommen werde. (Beifall.)

Minister Udrzal erklärt, daß er sich aus dem stenographischen Protokoll überzeugt habe, daß der Abg. Haken die Legionäre und den General Gajda in unqualifizierter Weise beleidigt habe. Er glaubt, daß im gegebenen Fall die beste Antwort keine Antwort sei. Aber mit Rücksicht auf die breite Öffentlichkeit lehnt Udrzal mit aller Entschiedenheit den Angriff ab. Es sprechen noch der tschechische Sozialdemokrat Humelshans und der deutsche Christlichsoziale Vöhr, worauf die Sitzung geschlossen wurde. Die nächste Sitzung findet Montag, den 26. November, statt.

Die neue Staatsbürgerrechtslehre.

In der vorgestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses sprach Genosse Heeger, der unter anderem anführte:

Die Demokratisierung der Gesetzgebung ohne gleichzeitige Demokratisierung der Verwaltung ist natürlich ein Stückwerk. Man hätte annehmen müssen, daß innerhalb des fünfjährigen Bestandes dieses Staates auch eine Reform in der Verwaltung erfolgen werde.

Redner beschwerte sich ferner darüber, daß nicht an die Erweiterung der Autonomie der Selbstverwaltungskörper geschritten wird und daß im Gegenteil eine Reihe von Einschränkungen auf dem Gebiete der Gemeindeautonomie vorgenommen wurden. Er spricht sich gegen die weitere Aufrechterhaltung und Geltung des sogenannten Prälegipatents aus, wünscht die endliche Regulierung des Vereins- und Versammlungsgesetzes und führt Beschwerde darüber, daß der gesamte Verwaltungsapparat oft zugunsten der Regierungsparteien für Wahlzwecke verwendet wird, wie es speziell bei den Gemeindevahlen in Hultschin der Fall war.

Eine weitere Frage, die er behandelte, waren Staatsbürgerrechtsangelegenheiten. Man hat sich für die Entscheidung und Verleihung der Staatsbürgerschaft

ein geradezu ungeheuerliches Rezept

zurechtgelegt. Abgesehen davon, daß solche Ansuchen oft mehrere Jahre laufen, abgesehen davon,

daß nach Ablauf dieser Frist noch abschließend entschieden wird, ist es interessant, festzustellen, daß, bevor die Verleihung der Staatsbürgerschaft ausgesprochen wird, ein sogenanntes Ermittlungsverfahren eingeleitet wird. Die Grundlage dieses Ermittlungsverfahrens ist ein Erhebungsbogen, der aufzeigt, welcher Beeinflussung Entscheidungen der Staatsbürgerrechtsangelegenheiten unterworfen sind. Dieser Fragebogen enthält vierzehn Fragen. Vor allem wird darin nach der Nationalität und einigen ganz formalen Dingen gefragt. Im sechsten Punkte wird jedoch die Frage gestellt: „War der Ansuchsteller vor oder nach dem 28. Oktober in irgendeiner Weise politisch tätig?“ Im Punkt 8 wird gefragt: „Wie hat er sich den Interessen des tschechischen Volkes gegenüber vor dem Umsturz verhalten und wie stellt er sich zu der tschechischen Republik nach dem Umsturz?“ Redner stellt fest, daß die Beantwortung der gestellten Fragen im geheimen Verfahren erfolge, das von der Referenten der politischen Behörden ohne Wissen des um die Staatsbürgerschaft Ansuchenden durchgeführt wird. Des Weiteren wird gefragt: „Hat er seinerzeit österreichische oder ungarische Kriegsanleihen gezeichnet, sowie die Höhe des Betrages.“ Wer also Kriegsanleihen gezeichnet hat, läuft Gefahr, die Staatsbürgerschaft nicht zu erhalten. Dann heißt es weiter: „Hat er sich an der Zeichnung tschechoslowakischer Staatsanleihe oder sonstigen Anleihen beteiligt, bzw. hat er an irgend welchen Wohltätigkeitsaktionen teilgenommen.“ Trifft dies zu, bedeutet dies eine Befürwortung der Verleihung der Staatsbürgerschaft. Dann wird weiter gesagt: „Bezieht der Gesuchsteller aus den Mitteln seines gegenwärtigen Heimatstaates irgendwelche Versorgungsgegenstände oder nicht? Es können dabei alle, bei denen dies zutrifft die die „Freiheit“ haben, Ansprüche auf Pensionen zu erheben, der Staatsbürgerschaft verlustig werden. Den Gipfelpunkt der Unerhörtheit bedeutet nachstehende Frage: „Sind keine Ursachen vorhanden, aus welchen geschlossen werden könnte, daß durch die Verleihung der Staatsbürgerschaft dem Staate oder seinen Einrichtungen ein Schaden oder Nachteil in materieller, moralischer oder nationaler Hinsicht erwachsen könnte, oder ist die erwähnte Person aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen eine unerwünschte oder unbequeme?“

Es ist daher das Urteil irgend eines „Narodni vybor“-Mannes bestimmend, ob jemand die Staatsbürgerschaft bekommt oder nicht.

Was diese Art der möglichen Beeinflussung für Tausende von Menschen bedeutet, läßt sich leicht erkennen. Eisenbahner, Staatsangestellte leiden darunter ganz gewaltig. Arbeiterinnen in den Tabakfabriken werden entlassen, wenn sie nicht den Nachweis der Staatsbürgerschaft, bis zu einem festgesetzten Termin erbringen, eine Forderung, die undurchführbar ist, weil das Ministerium absichtlich keine Entscheidung trifft. Dasselbe trifft für die Pensionisten zu. Ein solches Vorgehen gleicht einer geheimen Fehde und ist unehrenhaft, achtens unmenslich, gewissenlos. Wie müssen wir daher das Verlangen stellen, daß diese Zustände verschwinden.

Redner wies noch auf die Not des deutschen Proletariates hin. Selbst tschechische Kreise haben Sammlungen eingeleitet. Redner stellte fest, daß die Bezirkshauptmannschaft in Teplitzen zwei

Arbeiter, die für die hungernden deutschen Arbeiter gesammelt haben, zu 24 Stunden Arrest verurteilte

und den gesammelten Betrag beschlagnahmt hat! Was gedenkt nun der Minister des Innern zu tun, um diese Schande wieder gut zu machen?

„Wichtige“ deutschbürgerliche Beratungen.

Die beiden Gruppen deutschbürgerlicher Abgeordneter hielten gestern im Parlamente wochenstündige Beratungen ab, um den in Prag wegen einiger deutschnationaler Studenten — denen der Saufplatz wichtiger ist als der Vernplatz, und wie es als unerträglichen Angriff auf ihre Ehre betrachtet, wenn man ihnen die Saufstube nimmt — ausgebrochenen Konflikt zu bereinigen. Die Vorgeschichte ist folgende: Jüngst saßen im Säulensaal des Deutschen Hauses bei einem Konzerte ungefähr 15 Studenten, die sich nicht zu benehmen wußten. Diese Studenten sangen in vorgerückter Stunde Hakenkreuzlieder, gröhlichten und soffen solange, bis im Säulensaal des „Deutschen Hauses“ eine regelrechte Kollerei entstand. Daraufhin wurden sie von der Leitung der Gastwirtschaft ersucht, den Saal nicht mehr zu betreten. Statt nun für ihr Benehmen Abbitte zu leisten, sind diese Jünglinge noch beleidigt und proklamieren den Boykott über das „Deutsche Haus“.

Die deutschbürgerlichen Parlamentarier aber können die weltbewegende Geschichte nicht so ohne weiteres vorbeigehen lassen, sie setzen sich zusammen und beraten, anstatt den Herren einen Anstandsurs zu errichten. Sie sind einander würdig, die Jungen und die Alten!



# Letzte Nachrichten.

## Ein Beamtenkabinett in Sicht.

Berlin, 23. November. Reichspräsident Ebert hat die Demission des Kabinetts angenommen und Dr. Stresemann mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt. Dann empfing der Reichspräsident den Präsidenten des Reichstages, Loebe. In parlamentarischen Kreisen wird als Nachfolger Stresemanns am meisten der Reichschatzminister des Kabinetts Cuno, Albert, genannt, dessen Ernennung ein Beamtenkabinett bedeuten würde. Albert, der als Nachfolger Stresemanns genannt wird, war unter dem Kabinett Wirth Chef der Reichskasse. Unmittelbar vor dem Kriege war er Attaché der deutschen Botschaft in Washington und Chef der deutschen Propaganda in Amerika.)

## Das alte Haus.

Von Eise Feldmann.

Heute war ich in dem alten Hause, wo wir vor zwanzig Jahren gewohnt hatten. . .

Alle Leute sind längst fortgezogen, nur das Schloß des Schneiders hängt noch an der Stelle, wo es damals war — Jakob Rosner, Schneidemeister — und der Modedalon im vierten Stock — Hermine Strahl, Modes — Modes besteht noch.

Ich wußte damals nicht, daß dort so viel Mode getrieben wurde. Der Herr, dem das Haus gehörte, ist längst gestorben — seine Kinder sind fortgeritten.

Ich gehe wie eine Schlafwandlerin durch den laugen Hof.

Wie im Traume höre ich die Blodenschläge der nahen Kirchenturm.

War ich einmal hier und bin jetzt wieder da? Fremde Leute schauen mich an. Noch immer wohnen so viele Kinder da. Aus allen Türen kommen sie heraus; wie damals, als ich selbst da wohnte. Das „Kinderhaus“ nannte man es. Denn auf jeder Treppe wohnten sechs Familien und alle hatten Kinder — und jedes Jahr bekamen sie wieder ein neues.

Damals fehlte es mir nicht an Kameraden. In der Erinnerung ist immer alles viel schöner, als es in der Wirklichkeit war — viel verklärter, mit einem feinen Anhauch von Traum.

Warum erscheint mir, wenn ich nachdenke, alles, was verflohen ist, ruhiger, seelenvoller?

Warum ist mir die Zeit, die ich in dem alten Hause verlebte habe, wie ein stilles Glück immer im Sinn geblieben?

Es ist doch nicht wahr!

Ich war nicht glücklicher, als ich heute bin; nicht ruhiger.

Schmerzen quälten mich; Wünsche. Mein Herz tat mir weh auf dieselbe Art, wie es mir heute weh tut.

Ich schließe die Augen und habe mein Gesicht vor mir wie es damals war. Jung und glatt mit braunen Locken, mit einem Lachen, von plötzlich Angst erfüllt.

Warum sind Häuser, sagte ich mir, in denen viele und arme Kinder wohnen, so gebaut, daß keine Sonne hinein kann. Sind es denn Salane, diese Baumeister? Warum bestrafen sie uns Kinderherzen mit ewiger Dunkelheit??

Warum gibt es Lichtlöcher?

Nie, nie kann ich die Regentage vergessen, wenn das Wasser unten in der Rinne plätscherte; wir saßen beim Fenster mit einem Stück trockenen Brotes.

Es gab keine Sonne in der Welt.

Manche Kinder hockten zusammen in dunkeln Winkeln und besprachen gefährliche Dinge.

Einer hatte eine Schachtel mit Hündchen mitgebracht; er sprach davon, daß er gern ein Feuer anzusetzen wollte. Sie sprachen vom Raschen und vom Stehlen. Viele stahlen auch bei der Mutter und beim Greisler. Und alle häßten die Schule. Alle waren an Prügel gewöhnt, und viele erzählten, daß sie in der Nacht aufstiegen und im Schlafe sprachen, und der große vierzehnjährige Bruder des einen war mondlich.

Alle marinierten die Tiere. Besonders die großen, schwarzen Hirschkäfer brachten sie sich nach Hause und zerschneiden sie langsam mit der Schere; niemand sagte ihnen, daß man das nicht dürfe. Ich wußte es auch nicht, mir graute bloß.

Alle Kinder lernten in der Schule Religion, die zehn Gebote.

Und alle logen und alle stahlen. Sie hatten es nur gelernt zu den Feiertagen schön gepudert angezogen zu werden.

Ich habe einmal, an einem Pfingsttag, kein schönes, weißes Kleid mit blaßblauer Schärpe gehabt wie die andern, weil meine Eltern damals kein Geld hatten, um mir eines zu kaufen.

Ich wollte daher nicht in den Hof hinunter kommen. Ich spannte mich und weinte, und meine Mutter weinte auch. Aber die andern wußten es, warum ich die ganzen Pfingsttage zu Hause blieb, und am nächsten Tage lachten sie und verspotteten mich.

Ich sagte, mir habe der Fuß weh getan, aber sie wußten es nicht glauben.

Nein, ich war in diesem Hause niemals glücklich, obwohl damals die goldene Jugendzeit war.

Und in die Fensterhaken auf dem Gange und an die Wände gedrückt bin ich oftmals gestanden und habe geweint — und niemand hat mich getrostet.

# Tages-Neuigkeiten.

## Wie man Frankreichs Norden aufbaut.

André Sybal (Paris) berichtet im Berliner „Vorwärts“ über Erfindungen, die er an Ort und Stelle über die beim Wiederaufbau Nordfrankreichs geübten Praktiken eingezeichnet hat. Dieser Bericht beweist aufs Neue, daß die Kosten des Wiederaufbaues nicht nur das deutsche, sondern auch das französische Proletariat zu tragen habe, das bei der Wiedergutmachung bisher immer wieder nur betrogen und bestohlen wurde.

Nach fünf Jahren Wiederaufbau finden wir wunderbare Gebäude auf der einen und Höhlenhöhlen auf der anderen Seite. Ganz wie zur Zeit der Feudalherrschaft.

Da und dort eine Fabrik, ein großes, geräumiges Haus und die prächtiosen Vieh- der Wohnungen der „neuen Reichen“. Das ist genau der Charakter dieser schlecht aufgebauten Städte.

Der arme oder der der mittleren Klasse angehörige Kriegsbeschädigte kann sich höchstens zum Erdgeschloß aufschwingen. Wenn er es bis zum ersten Stock bringt, so muß er schon schlau sein. Meistens wohnt er in Holzbaracken und deckt sie mit Wellblech oder Dachpappe.

Aber der große Industrielle, der Schloßherren, logiert in seinen zwei oder drei Etagen, seinen Herrschaftsbäusern. Die Vorstadt jedoch, wo die kreditlosen Menschen wohnen, ist schlecht gebaut.

Ich drückte den Leuten mein Erstaunen aus. „Warten Sie nur ab,“ sagten mir diese, „bis man Ihnen alle Tricks klargestellt haben wird.“

„Die Tricks?“

„Nun, es genügt, zu Beginn der Reparationsperiode „Beziehungen“ zu haben und natürlich viel Geld.“

„Was haben Sie festgestellt? Daß nur die großen Geschädigten gezahlt wurden und die kleinen nicht?“

„Die Besitzer großer Werke, Bergwerke und die, die große landwirtschaftliche Besitztümer hatten, wurden fast restlos für die entstandenen Schäden entschädigt.“

„Die Schäden wurden durch diese Leute selbst abgeschätzt. Und sicherlich hat sich keiner unter ihnen selbst betrogen. Sie haben nur Frankreich bestohlen.“

„Das Selbstmitleid an dieser Affäre ist, daß ihre besonderen Vorwände beinahe ehrl. erschienen. Im Norden wurde eine Organisation, die „Union des Sinistres“ gegründet. Besagte Union hatte sich verpflichtet, die Schäden aufzunehmen. Sie arbeitete zu Beginn außerhalb der präfektoralen Verwaltung. Unter ihren Mitgliedern befanden sich auch Vorsitzende kantonaler Kommissionen, welche selber schwer geschädigt waren. Um eine Akte aufzustellen, verlangte man weder Urkunde noch Schriftstücke, die das Recht des Geschädigten darlegten. Das regelte man unter sich. Außerdem hatte diese Organisation die Gewohnheit, von den angeschlossenen Geschädigten namhafte Summen zur Herstellung im Verhältnis zur Größe der Schäden natürlich. Sie werden den Zusammenhang erraten: je größer die Summe, je größer die durch die Unien erhobene Vergütung. Darum fand nie jemand, daß die Schäden zu hoch angegeben wurden. Jemand jemand befahl eine Barade von 10.000 Frank. Er schwor bei Gott, daß sie 60.000 Frank wert sei. Und man stellte eine Akte auf 180.000 Frank Schäden aus. Und jedermann war zufrieden. Die Leute, die diese Arbeit leisteten, hatten so gute Beziehungen, daß ihnen alles gelang. Brüder oder Vetter waren Parlamentsmitglieder des Bloc National, der Poincaré-Partei.“

Ich konnte Zahlen auf Zahlen zitieren. Sie gehen hier von Mund zu Mund. Ein einziges Beispiel möge genügen: Eine Dame aus Lille, Fabrikbesitzerin, stellt eine Schöbenerforderung von 4000 Frank auf. Die „Union des Sinistres“ verlangt für sie die Summe von 24.000 Frank.

Diese Sachen sind alt und bekannt. Man wird nun verstehen, warum die prächtiosen Werke, die wunderbaren Städte über die Holzhöhlen rogen.

Eines Tages merkte man, daß die Staatskassen trockener waren als ein asperischer Qued mitten im Sommer. Dann hat die französische Regierung beschlossen, das Gesch über die Kriegsschäden zu ändern.

„Sparen, sparen!“ hieß es auf einmal. Es war wehl an der Zeit zu sparen, nicht wahr? Man hatte das ganze Geld verpulvert. Es gibt aber noch arme Teufel, die ihre Kriegsschäden, vom Warten ermüdet, an die Herrschaften verkaufen. Einmal Frank haben sie dafür erhalten. Die großen Schluder haben sie natürlich mehrtausendfach verdoppelt.

100.000 Kronen für die Arbeitslosen im Bezirk Gablons. Die Bezirksverwaltungs-kommission Gablons hat in ihrer letzten Sitzung u. a. folgenden Beschluß gefaßt: Zur Unterstützung für die Arbeitslosen im Gablonser Bezirk wird der Betrag von 10.000 K an die Gemeinden je nach der erhobenen Anzahl von Unterstützungsbedürftigen flüssig gemacht werden. Die Gemeinden haben bei Verleistung der Unterstützung, die durch einen Ausbruch zu erfolgen hat, in dem auch die Arbeitslosen ihre Vertretung haben müssen, die Familienverhältnisse zu berücksichtigen und auf jene Personen entsprechend Bedacht zu nehmen, die die staatl. Arbeitslosenunterstützung nicht beziehen. Die Zuweisung dieser Unterstützung an die Gemeinden

erfolgt unter der Bedingung, daß die Gemeinden aus Gemeindemitteln einen entsprechenden Beitrag für den gleichen Zweck widmen.

Den Armen läßt man schuldig werden und dann verurteilen. Aus einem Schreiben, das ein Genosse, unserem Teplitzer Bruderblatt zusandte, entnehmen wir: Vergangenen Samstag traf ich mittags auf der Straße von der Kreuzschenke in Judmattel nach Eichwald eine nur dürftig gekleidete Frau mit ihren drei Kindern, die ebenfalls nur in einer das öffentliche Mitleid erregenden Weise gekleidet waren. Das kleinste Kind hatte derart gekrümmte Beine, daß es sich nur schwer fortbewegen konnte. Als ich bemerkte, sie solle das arme Kind auf den Arm nehmen und tragen, setzte mir die Frau auseinander, daß sie es bereits viele Stunden lang getragen hatte und daher selbst schon übermüdet sei. Auf mein Befragen, wo sie herkomme, erzählte sie folgende Geschichte: Als Kriegerswitwe, wohnhaft in Jinnwald, war die Frau gezwungen, sich Einkommen, das nur in der staatlichen Unterstützung besteht, dadurch auskömmlicher zu gestalten, daß sie einige Kleinigkeiten wusch. Dabei wurde sie betroffen und ihr die Ware abgenommen. Zu diesem Verlust wurde der Frau noch eine Arreststrafe von zwei Tagen publiziert. Dies sei schon mehrere Monate her. Die Frau suchte mehrmals darum an, ihr die Strafe nachzulassen, da sie niemanden habe, der in dieser Zeit ihre drei Kinder beaufsichtigen könne. Alle Ansuchen der Frau bleiben aber erfolglos, weshalb sie sich mit ihren drei Kindern auf den Weg nach Teplitz begab, um sich im dortigen Bezirksgericht zum Austritt der Arreststrafe zu melden. Der Gefangenenaufseher lehnte es aber ab, sie mit den drei Kindern in das Gefängnis zu stecken. Er sagte, sie solle allein kommen. Die Frau war nun durch das Tragen des Kindes von Jinnwald nach Teplitz derart übermüdet, daß sie nicht wußte, wie sie nach Hause kommen würde. . .

Hilfsaktion für Georgien. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat vor einiger Zeit beschlossen, einen größeren Posten Chinin nach Georgien zu senden. Die Verlebung ist möglich, sobald die Zusage der russischen Behörden vorliegt, daß das Chinin sicher durch Rußland passieren und nach Tiflis überbracht werden kann. In dieser Angelegenheit wurde am 25. Oktober an die russische Gefandtschaft in Berlin geschrieben. Dieses Schreiben, wie ein Telegramm vom 6. November, sind bis heute noch nicht beantwortet, so daß das Chinin, statt der leidenden Bevölkerung Georgiens zugeführt zu werden, noch immer am Herstellungsort lagert.

Gerüstesturz im Rastlauer Nationaltheater. Eine Exkursion der Studenten des Rastlauer Polytechnikums am vergangenen Samstag fand durch ein menschliches Unglück einen tragischen Abschluß. Bei der Besichtigung des grandiosen Neubaus des Nationaltheaters auf dem Plomoniplate gab eine hölzerne Brücke in einer Höhe von zwölf Metern dem Übergang nach und dreißig Personen, darunter 24 Studenten, stürzten mit den Traversen und Balken in die Tiefe. Zwei Arbeiter und drei Studenten waren sofort tot, ein Student starb in den Armen seiner Mutter und achtzehn Personen wurden schwer verletzt ins Spital gebracht. Das Unglück entstand dadurch, daß die Studenten die Befehle des führenden Ingenieurs nicht befolgten, der angeordnet hatte, daß stets nur vier Personen die Brücke des Gerüsts passieren dürfen. Auch die Exkursionsleiter liegt schwer verletzt im Spital. Das schreckliche Unglück hat offenkundig tiefe Bestürzung hervorgerufen, zumal die Verunglückten im jugendlichen Alter von 18 bis 23 Jahren standen.

Schwerer Unfall auf einem amerikanischen Flugplatz. Auf dem Mitchell-Flugfeld bei New York hat sich ein entsetzliches Drama abgespielt. Es wurden Demonstrationen mit Flugzeugen und lenkbaren Luftschiffen veranstaltet und Tausende Zuschauer waren auf dem Flugfeld anwesend, als der Fernballon L. C. 2 landen sollte. Die ausgeworfenen Leute waren von Männern auf dem Flugplatz ergriffen worden, als ein plötzlicher Windstoß den Ballon wieder in die Höhe rief. Die Männer ließen die Tauer rasch ihren Händen entgleiten, aber einer von ihnen hielt doch zu lange fest und wagte das Seil nicht mehr loszulassen, als der Ballon schon einige Meter gestiegen war. Das Seil bot ihm jedoch nicht genügend Halt, er wankte sich auf die Dauer nicht festhalten und fiel schließlich aus einer Höhe von hundert Metern zu Boden, wo er zerschmettert liegen blieb. Die krampfhaften Bemühungen des Unglücklichen, sich am Tau hinaufzuarbeiten, um es um seinen Körper zu schlingen, verfehlten die Tausende Zuschauer, die dastanden, ohne helfen zu können, in furchtbare Aufregung. Die Menge rief Schreckensrufe aus, die Frauen weinten und viele von ihnen fielen in Ohnmacht.

Ein betrügerische 25 Milliardeninsolvenz in Wien. Das im heutigen Jahre gegründete „Warenhaus des Zentrums“, das sich im ehemaligen Oskoncafé am Donaukanal in Wien befand, hat sich insolvent erklärt. Das Unternehmen wirt 25 Milliarden Schulden auf.

Die natürliche Steigerung der Bevölkerung. Den vorläufigen Ergebnissen nach wurden im Jahre 1922 im ganzen 395.874 Kinder (im Jahre 1921 405.502) geboren (darunter 386.606 lebend und 9286 tot geborene). Auf 1000 Personen entfielen 29.1 Geburten. Im erwähnten Jahre starben 242.612 Personen (im Jahre 1921 241.814), das sind 17.8 Sterbefälle auf 1000 Personen. Durch natürliche Bewegung erhöhte sich die Anzahl der Einwohner um 143.993 Personen (im Jahre 1921 um 154.622).

Die Anzahl der Eheschließungen in der Tschechoslowakischen Republik im Jahre 1922. Den „Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes“ zufolge wurden im Jahre 1922 146.100 Ehen geschlossen (10.7 Eheschließungen auf 1000 Personen). Wenn

man diese Anzahl mit jener der vergangenen Jahre vergleicht, ist seit dem Jahre 1919, wo diese Anzahl am höchsten war, eine bedeutende Abnahme bemerkbar; im Jahre 1919 wurden 181.103, im Jahre 1920 169.896 und im Jahre 1921 163.886 Ehen geschlossen.

Errichtung eines Infektionspavillons beim Bezirkskrankenhaus in Gablons. Die Errichtung eines Infektionspavillons beim Gablonser Bezirkskrankenhaus durch bauliche Umgestaltung des sogenannten „Schuberthauses“ und durch einen Anbau an dasselbe wurde von der Bezirksverwaltungs-kommission beschlossen. Die Gesamtkosten samt Inneneinrichtung betragen ungefähr 400.000 Kronen. Die Aufnahme des zur Bedeckung dieses Aufwandes notwendigen Darlehens bei der Gablonser Sparkassa wurde gleichfalls genehmigt.

Ein bestialischer Mord. Vor einigen Tagen wurde in Wittstok (Brandenburg) die Leiche des Ruffers Döring aus der Doffe gezogen. Nach dem Befunde zu urteilen, muß er in geradezu bestialischer Weise ermordet worden sein. Die Schädeldecke war eingeschlagen; die Leiche war ohne Unterschenkel, die erst später gefunden wurden. Als Mörderin ist die eigene 16jährige Tochter Frieda festgestellt worden, die den Vater im Beisein der Mutter im Schlafe erschlagen und später die Leiche beseitigt hat.

Selbstmordversuch im Offenbach. In dem Personenzug, der am Donnerstag um 1 Uhr nachts von Aulstorf (Brandenburg) eintraf, wurde auf der Strecke zwischen Ullwitz und der Gaitefeld Oberdorf ein Mann in blutüberströmten Zustände auf dem Boden liegend von dem Kondukteur aufgefunden. Er wurde bis auf den Hauptbahnhof mitgeführt und bis zum Einrücken des Rettungsautos in der Verkehrsstation untergebracht. Dort wurden an dem Unbekannten Schußverletzungen im linken Handgelenk und unterhalb der rechten Schläfe festgestellt. Als er vorübergehend das Bewußtsein erlangte, konnte er nicht sprechen und nickte auf die Frage, ob er sich selbst angeschossen habe, mit dem Kopfe. Der Lebensmüde, der jodann in das Rostauer Krankenhaus überführt wurde, dürfte sich zwischen Seefeld und Ullwitz zum Fenster hin ausgelegt und angeschossen haben. Diese Annahme wird durch die Aussage eines Streckwärtlers bestätigt, der nach seiner Angabe bemerkt hat, wie aus dem vorbeifahrenden Zuge ein Arm herausging.

Flugzeugunfall. Das Flugzeug der beiden Piloten Siegel und Pospischal, die mit ihrem Apparat in mehreren Städten Nordwestböhmens Schauflüge ausgeführt hatten, geriet am Dienstag abends auf einem Felde bei Saaz, wo es vollständig stationiert war, in Brand und wurde vollständig ein Raub der Flammen. Es soll einen Wert von 200.000 K geholt haben, der durch feuerliche Versicherung gedeckt ist. Auch eine dem Saazer Expediteur Rauef gehörige Flasche im Werte von 2500 K ist mitverbrannt. Der Monteur Eber, der im kritischen Momente bei dem Flugzeug Wache hielt, wurde unter dem Verdachte der Brandstiftung durch Fahrlässigkeit verhaftet, mußte aber vom Saazer Bezirksgerichte wieder freigelassen werden, da sich keine weiteren Verdachtsmomente ergaben.

Wetterüberblick vom 23. November. Die südliche barometrische Depression brachte in der Nacht auf Freitag ergiebige Niederschläge, hauptsächlich in den mittleren Teilen der Republik. Die größte Menge meldet Troppau: 28 Millimeter in Schneeform; die Schneedecke ist dort 15 Zentimeter hoch. In Prag liegt der erste Schnee! Wahrscheinliches Wetter von heute: Vorübergehende Besserung.

## Prager Chronik.

### Der Bau der neuen Gasanstalt.

Mittwoch wurde in der städtischen Finanzkontrollkommission der Bau der Gasanstalt in Mischle mit 13 gegen fünf Stimmen genehmigt, nachdem vorher ein Verlagsantrag des Direktors Ešpanek mit neun gegen acht Stimmen abgelehnt worden war. In der Debatte wurden eingehend die Umstände beraten, die für die sogenannte englische Anleihe richtunggebend waren. Nach Abschluß der Anleihe kam aber zum Vorschein, daß die Vorbereitungen für den Bau neuer Unternehmungen nicht fertiggestellt sind und die durch die Anleihe gewonnenen Beträge mußten auf niedrigere Zinsen angelegt werden als von der Anleihe gezahlt wird, wodurch die Stadt nur von den für die Gasanstalt vorbehaltenen Beträgen täglich 17.000 K verliert; bis zur Beendigung des Baues erreicht der Verlust eine Höhe von 24 Millionen K, um welchen Betrag der Bau und damit auch der Gaspreis teurer wird. Der Bau der Gasanstalt wurde der englisch-französischen Firma, die durch Herrn Dunal vertreten ist, um 91.500.000 K vergeben. — Die Schulden der Stadt betragen bis zum 1. Jänner 1924 1.207.892.000 K, in denen die englische Anleihe von 489.554.000 K enthalten ist. — Dazu wird ein Investitionsprogramm für fünf Jahre mit einem Aufwande von 1685 Millionen K vorbereitet.

### Aus dem Polizeibericht.

Im Kaffeehaus der Helene Biele in Lieben erschienen am 19. d. zwei bekannte Diebe, der 27jährige Jar. Polorny und der 23jährige Josef Rómeo aus Lieben. Um 3 Uhr früh verschwand Polorny unter Hinterlassung von Rod und Gut und bald verließ auch Rómeo das Lokal, nahm Rod und Gut des Polorny. Bald darauf hörte die Kaffeehausinhaberin ein verdächtiges Geräusch vom Gange her; sie lief hinaus, und kam gerade zurecht, um die beiden Gauner flüchten zu sehen, wobei Polorny einen Frauenschuh von sich warf. Es wurde festgestellt, daß er dem Dienstmädchen der Biele ein Kostüm im Werte von 600 Kronen gestohlen hatte. Festgenommen und verhört, verteidigte er sich dahin, er habe in der Trunkenheit das Kostüm für seinen eigenen Rod gehalten und angezogen. Polorny und sein Komplize wurden dem Strafgerichte eingeliefert.



# Kleine Chronik.

**Giftgase gegen Tiere.** Desinfektionsmittel werden gewöhnlich erst im Tierstall erprobt und dann beim Menschen im großen angewendet. Mit den Giftgasen scheint es sich umgekehrt zu verhalten. Erst hat man sie mit als schädlichstes Kampfmittel zum Menschenmassenmord benutzt und jetzt untersucht man ihre Brauchbarkeit bei der Bekämpfung schädlicher Tiere.

Auf Befehl des Leiters des amerikanischen Militär-sanitätswesens werden, wie „De Umschau“ mitteilt, bei San Marcos in Texas Schlangen, Choler und Phoxen auf ihre Brauchbarkeit bei der Ausrottung der Klapperschlangen geprüft.

**Ein Mittel gegen das Rauchen.** Aus Berlin wird berichtet: Ein hiesiger Mediziner wendet seit einer Reihe von Jahren bei seinen Patienten, die dem Rauchlaster zu sehr ergeben sind, ein Mittel an, das es den Rauchern sehr leicht macht, sich des Rauchens zu enthalten. Er verschreibt ihnen eine Lösung von salpetersaurem Silber, womit sie sich — mit einem Zerkleinerer voll —, sobald sie zu große Lust zu rauchen verspüren, den Mund ausspülen, und rät ihnen, hierauf sogleich eine Zigarette oder Zigarette zu versuchen. Durch die Einwirkung des salpetersauren Silbers auf das Nikotin entsteht eine chemische Verbindung, die einen herabwühlenden Geschmack besitzt, daß der Raucher, der das Mittel gebraucht hat, eine große Abneigung gegen das Rauchen bekommt.

**Das Testament auf dem Scheid.** Ein Kaufmann in dem amerikanischen Staates Hollidaysburg im Staates Pennsylvania, Harry S. Finman, hinterließ bei seinem Ableben ein Testament, in dem er, seine Frau zur Alleinerbin seines auf mehr als 100.000 Dollar geschätzten Vermögens einsetzte. Das Testament war mit Bleistift auf einem leeren Scheidformular geschrieben, das die mit Tinte geschriebene Unterschrift Finmans trug. Die Mutter des Verstorbenen Frau Elizabeth Finman sucht das Testament mit der Begründung an, daß Finman auf seinem Krankenlager von seiner Frau veranlaßt worden sei, seine Unterschrift mit Tinte auf den Scheid zu setzen und daß die Witwe den mit Bleistift geschriebenen Text nachträglich hinzugesetzt habe. Die Jury erkannte nach achttwanzigstündiger Beratung das Testament als rechtsgültig an.

# Berichtsaal.

## Eine Verurteilung des „Neuen Wiener Journals“ gebrandmarkt.

Am 26. Juli brachte das „Neue Wiener Journal“ unter großen Leitern: „Korruption der Gemeinde Wien“ die Nachricht, daß der städtische Finanzreferent, Gerold Hugo Dreitner, die Gemeinde Wien beim Ankauf der Aktien der Vorpöhrer Gesellschaft betrogen habe. Nach dieser Nachricht hätte der Bruder Dreitners nicht nur beim Verkauf der Aktien einen Vorteil gehabt, sondern auch als Vertreter der Aktionäre die Verhandlung über den Aktienkauf mit der Gemeinde geführt. Die Gemeinde hätte ihr Geld hinausgeworfen und Gerold Dreitner und sein Bruder hätten es eingesteckt.

Genosse Dreitner klagte den verantwortlichen Redakteur des „Neuen Wiener Journals“, Alfred Schick, und den Herausgeber des Blattes, Lippowich, wegen Ehrenbeleidigung und Verleumdung. Im Laufe des Verfahrens erklärte der geklagte Redakteur, daß er den Artikel vor seiner Drucklegung nicht gelesen habe. Der Herausgeber Lippowich war natürlich, wie bei solchen Gelegenheiten immer, am 26. Juli in Wien nicht anwesend. Er habe überhaupt keinen Einfluß auf die im Blatte erscheinenden Artikel, da diese ihm nur dann vorgelegt werden, wenn sie der politischen Haltung des Blattes widersprechen.

# Vater Goriot.

Bon Honoré de Balzac.

„Sie bezaubern, mein Fräulein,“ jühr Gondureau f. r., „daß die Regierung ein großes Interesse daran hat, eine unerlaubte Kasse zu beschlagnahmen, besonders da sie über nicht unbeträchtliche Beträge verfügen soll. Tod-Überwinder läßt sich bedeutende Summen ein, es sind nicht nur jene, die einige seiner Kameraden besitzen, sondern auch die Gelder der Gesellschaft der Zehntausend.“

„Zehntausend Diebe,“ schrie Boiret erschrocken.

„Rein, die Gesellschaft der Zehntausend ist eine Vereinigung von Dieben, die im großen Stil arbeiten und sich nur um Dinge kümmern, bei denen mindestens zehntausend Franken zu verdienen sind. Diese Gesellschaft hat ihre Mitglieder in den vornehmsten Kreisen, selbst bedeutende Juristen gehören dazu. Sie kennen das Gesehbuch und wissen der Todesstrafe zu entgehen, wenn sie reinfallen; Collin ist ihr Vertrauensmann und Berater. Mit seinen ungeheuren Mitteln hat er sich seine eigene Polizei zu bilden gewußt, er hat sehr ausgedehnte Beziehungen, die jedoch durchdringliches Geheimnis sind. Obgleich wir ihn seit einem Jahre mit Spionen umgeben haben, vermochten wir ihm noch nicht in die Karten zu sehen. Sein Geld und seine Begabung dienen also unablässig dazu, das Laster zu bezahlen, das Verbrechen zu vergrößern und eine Schar von Bösewichtern zu unterhalten, die mit der Gesellschaft auf dem Kriegsfuß stehen. Tod-Überwinder festnehmen und seine Kasse mit Beschlag belegen, hieße die Art an die Wurzel des Übels legen. So ist diese Sache zu einer hohen Staatsaktion geworden

Dem Genossen Dreitner blieb bei dieser Verleumdung nichts anderes übrig als den Antrag zu stellen, gegen den verantwortlichen Redakteur wegen Verleumdung der pflichtgemäßen Obhut vorzugehen. Bei der Verhandlung, die am Donnerstag stattfand, erklärte der Verteidiger des geklagten verantwortlichen Redakteurs, daß er einen Wahrheitsbeweis nicht führen wolle und der früheren „Verantwortung“ nichts hinzuzufügen habe.

Nach durchgeführter Verhandlung wurde Redakteur Schick über Antrag des Angeklagten zu einer Geldstrafe von 300.000 Kronen und zur Veröffentlichung des Urteils samt der Begründung im „Neuen Wiener Journal“, in der „Arbeiter Zeitung“, der „Reichspost“ und der „Neuen Freien Presse“ verurteilt.

## Der Prozeß gegen die Stambolijst-Regierung.

Sofia, 23. November. Heute begann vor dem hiesigen Kreisgerichte der Prozeß gegen die ehemaligen Minister des Rabinettes Stambolijst wegen des Verbrechens gegen die öffentliche Ordnung und die Staatsgewalt. Angeklagt sind sämtliche ehemalige Minister mit Ausnahme Tuzjakows, Manolow und Tomow, sowie auch die Sekretäre des Volkswirtschaftsausschusses des landwirtschaftlichen Verbandes Nino Petlow und Nikola Jachariw.

## Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

### Die Handelsbilanz im Oktober passiv!

Wittum Jänner bis Oktober 1900 Millionen K.

Die Gesamteinfuhr in die Tschechoslowakische Republik im Monate Oktober 1923 belief sich auf 6.215.692 Krzr. und 92.237 Stück Waren im Werte von 1.071.938.632 K.; im Vormonate betrug sie 4.566.088 Krzr. und 65.442 Stück Waren im Werte von 891.381.861 K. Die Einfuhr im Monate Oktober war somit größer als die im Monate September um 1.649.604 Krzr. und 26.795 Stück; der Wert dieser Differenz belief sich auf 180.556.771 K. Die tschechoslowakische Handelsbilanz war daher im Oktober 1923 mit 56.956.183 K. passiv; im Monate September 1923 war sie noch mit 6.578.027 K. aktiv. Das erwähnte Passivum erklärt sich durch den bedeutenden Einfuhrüberschuß im Oktober gegen den Vormonat in der soeben angeführten Höhe von 180.556.771 K.

Die wichtigsten im Oktober eingeführten Waren gattungen waren nach der Reihenfolge des Wertes die nachstehenden: Rohwolle 144 Millionen, Gefämmte Schafwolle 62, Weizenmehl 56, Steinkohlen 43, Schweinefett und Schweinefleisch 43, Eisenerze 32, Tabak 23, Rohwolle ungewaschene Schafwolle 21, Gemüsterzeugnisse oder halbgerahmte Schlachtwaren 19, Schweine im Gewicht von über 60—120 Kilo 17 Mill. Kronen.

Die Einfuhr im Oktober weist im Vergleich mit dem Monate September eine Steigerung hauptsächlich in den nachfolgenden Waren gattungen auf: Steinkohle wurde im Oktober gegen September mehr eingeführt um 20 Millionen, Chilisalpeter um 13, Schweinefett um 11, Rohwolle um 10, Weizenmehl um 10, Schweine (Pest. 172) um 9, Gewaschene Schafwolle um 8, Wollammlinge um 7 Millionen K.

Zugleich sank die Kohleneinfuhr im Oktober gegen September um 3 Millionen K. Die hauptsächlichsten Einfuhrländer waren: der Menge nach: Polen 28,2 Prozent, Deutschland 25, Oesterreich 6,8, Ungarn 2,8, S.S. 2,8, Italien 1,7, Vereinigte Staaten Nordamerika 1,4, Holland 1,3, Rumänien 0,9, Großbritannien 0,8, die übrigen Staaten 28,3 Prozent. Dem Werte nach: Deutschland 41,5 Mill. K. (38,8 Prozent), Oesterreich 68 (6,4), Polen 64

(6,0), Ser. St. Nordam. 55 (5,2), Großbritannien 48 (4,5), Italien 43 (4,1), Holland 41 (3,9), Frankreich 37 (3,7), Ungarn 35 (3,4), S.S. 34 (3,2), die übrigen Staaten 226 Millionen K. (20,8 Prozent).

Die Gesamteinfuhr in den Monaten Jänner-Oktober 1923 bezifferte sich mit 32.607.239 Krzr. und 610.640 Stück im Werte von 7.579.187.885 K. Die Gesamteinfuhr in den Monaten Jänner-Oktober 1922 betrug 91.435.077 Krzr. und 4.236.395 Stück im Werte von 9.505.717.138 Kronen.

Die Handelsbilanz in den ersten zehn Monaten des Jahres 1923 war somit mit 1.926.529.253 K. aktiv.

**Abwanderung der Industrie.** Wie die „Eidobe Noviny“ berichten, hat die Firma Regenhart und Reimann in Freiwaldau die Wäscheherzeugung eingestellt und beabsichtigt ihre Unternehmungen nach Wien und Budapest zu übertragen. In die neuen Unternehmungen wird die gesamte Maschineneinrichtung aus Freiwaldau übergeführt und auch Teil der Meister und sachlich ausgebildeten Arbeiterschaft wird mitgenommen werden.

**Das Handelsministerium mit den Vereinigten Staaten.** Das provisorische Handelsabkommen zwischen der Tschechoslowakei und den Vereinigten Staaten wurde in Kraft gesetzt. Beide Staaten gewähren einander die Meistbegünstigungen, derzufolge die beiderseitigen Erzeugnisse zur Aus- und Einfuhr unter nicht weniger günstigen Bedingungen hinsichtlich der Bewertung, der Zölle und anderer ähnlicher Gebühren zugelassen werden, als die Erzeugnisse irgend eines anderen Landes. Das Abkommen ist am 5. Jänner 1925 in Kraft, mit 30tägiger Kündigungsfrist.

**Ausperrung der Elektricitätsarbeiter in Wien.** Der Streit der Industriearbeiter hat die Unternehmer veranlaßt, gegen die Metallarbeiter, die in den im Streit befindlichen Unternehmungen beschäftigt sind, mit der Ausperrung vorzugehen. Zum Teile wurde die Ausperrung bereits Donnerstag verfügt oder für heute angeflündigt, zum Teile soll sie erst Montag erfolgen. Bis Donnerstag abends wurden ungefähr 900 Metallarbeiter aus den Betrieben der Elektricitätsindustrie auf die Straße gesetzt.

**Die ungarische Anleihe vor dem Völkerrund.** Der Finanzausschuß des Völkerrundes welcher die Frage der ungarischen Anleihe erörtert, hat Arnold und Sir Arthur Carter angehört, welche Bericht über die Enquête betreffend die finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen Magyariens erstatten. Die ungarischen Delegierten forderten eine höhere Summe, als der Ausschuss empfahl, und weiterhin, daß das Anleiheprojekt eine längere Periode umfasse. Der Ausschuss ist der Ansicht, daß zwei Jahre genügen werden. Fremde Staaten würden die ungarische Anleihe nicht garantieren, wohl aber bestimmtes ungarisches Eigentum.

**Die Höhe der deutschen Goldblöhe.** In Berlin fanden am 22. November im Reichsfinanzministerium mit der Organisation der Staatsarbeiter Verhandlungen über die Einführung von Goldlöhnen statt. Nach den von der Regierung vorgeschlagenen Sätzen würde ein verheirateter Staatsarbeiter mit einem Kinde etwa 70 Prozent seines Friedenslohnes erhalten.

**Edison für den Vierstundentag.** Der berühmte amerikanische Erfinder Edison, bestiegte vor kurzem, was andere schon früher gesagt haben, daß die industrielle Entwicklung eine weitgehende Verkürzung der Arbeitszeit möglich macht. Er sagte u. a.:

„Es wird eine Zeit kommen, wo automatische Maschinen in dem Umfange eingeführt sein werden, daß man nicht mehr als vier Stunden

pro Tag zu arbeiten braucht. Viele glauben, daß dies nicht gut wäre. Der Durchschnittsmensch liebt den Mühsiggang im allgemeinen nicht. Vom Standpunkt der alten Leute aus wird es jedoch eine gute Sache sein. Den wenn wir einmal so weit sind, brauchen alte Leute nicht mehr zu arbeiten. Die jungen können arbeiten und sind imstande die ganze Familie zu unterhalten.“

Dies klingt anders als die jetzt von reaktionärer Seite erhobene Forderung auf Abschaffung des Achtstundentages.

## Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Paris . . . . . 240,75  
Berlin . . . . . 122,00  
Wien . . . . . 106,00

## Prager Kurse am 23. November.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden . . . . .	1924,00	1927,00
1 Million Mark . . . . .	1,9	5,90
100 belg. Francs . . . . .	162,35	163,75
100 schwed. Kronen . . . . .	694,25	610,75
1 Pfund Sterling . . . . .	151,7500	153,2500
100 Lire . . . . .	152,7500	154,2500
1 Dollar . . . . .	4,9000	35,0000
100 franz. Francs . . . . .	180,0000	190,5000
100 Tinar . . . . .	38,6500	43,1500
1000 magar. Kronen . . . . .	17,5000	19,5000
10000 österr. Kronen . . . . .	13,25	14,75
10000 österr. Kronen . . . . .	4,8200	5,1200

## Verträge.

Die Krise in Deutschland. Ueber dieses Thema hielt Genosse Otto Jenßen (Gera) einen Vortrag in der am 22. November stattgefundenen Parteiverammlung der deutschen sozialdemokratischen Bezirksorganisation in Prag. Genosse Jenßen ging davon aus, daß Deutschland in die gegenwärtige Krise mit einer schon im Kriege geschwächten und gespaltenen Arbeiterbewegung, einer unbeschränkten Reparationslast und der Sabotage der Bourgeoisie gegenüber der Erfüllungspolitik eingetreten ist. In einer Zeit der größten Not hat die Oberschicht der Kapitalisten einen Klassenegoismus an den Tag gelegt, wie kaum in einem anderen Lande. Viele Schicht von Kapitalisten frägt sich auf eine Bewegung deflationärer Reise (Intelligenz und Offiziere) mit dem Hintergrund der Bauern. Die deutsche Katastrophe lehrt, daß die Arbeiterklasse nicht nur eine verschiedene innere, sondern auch eine von der Bourgeoisie verschiedene äußere Politik treiben müsse. Der passive Widerstand hätte nur in Verbindung mit einer aktiven auswärtigen Politik einen Sinn gehabt, was aber die Kapitalisten nicht wollten. Als dann der passive Widerstand infolge des finanziellen Zusammenbruchs ausgegeben werden mußte, kam es zu einer Koalition, die von der Fertigungsindustrie bis zum Proletariat reichte, die aber infolge ihrer inneren Gegensätzlichkeit, der Stärke der Schwerindustrie und dem mit dieser verbündeten bairischen Partikularismus zerfallen mußte, da die Arbeiterklasse, die der stärkste Faktor in dieser Koalition hätte sein können, durch die Wirtschaftskrise geschwächt war. Diese Situation müßte nun der französische Imperialismus aus und das Ergebnis dürfte wohl die ökonomische Eroberung vom Rheinland und Auhrrevier von Frankreich und dessen Beherrschung durch einen internationalen Konzern sein, wobei der größte Teil des Mehrwertes nach Frankreich fließt. Daneben kann es auch zu einem Zerfall des Reiches und einer Föderalisierung Deutschlands kommen, in dem Frankreich gleichfalls die wirtschaftliche Oberherrschaft hätte. Deutschlands Organisationstalent und französischer Militarismus werden dann vielleicht Wunder der Technik vollbringen, aber auch die Arbeiterklasse unterdrücken. Die Krise des deutschen Proletariats ist sehr schwer, aber das Proletariat als Klasse ist unsterblich und wird auch diese Krise überwinden. Die Sozial-

und jene, die an ihrem Gelingen mitarbeiten, bedecken sich mit Ruhm. Sie selbst, Herr Boiret, könnten auf eine neue als Beamter eintreten und Sekretär eines Polizeikommissars werden, was Sie natürlich nicht hindern würde, Ihre bisherige Pension weiterzubehalten.“

„Aber weshalb geht Tod-Überwinder nicht mit seiner Kasse durch?“ fragte die Michonneau.

„Oh!“ sagte der Agent, „überallhin würde ihn ein Mann folgen, der beauftragt wäre, ihn auf der Stelle zu töten, falls er das Bagno beschließen würde. Dann läßt sich eine Kasse nicht so leicht entführen, wie ein junges Mädchen aus gutem Hause. Außerdem wäre Collin einer solchen Handlung unfähig, da sie gegen seine Ehre ginge.“

„Gewiß,“ sagte Boiret, „Sie haben Recht, er wäre dadurch entehrt.“

„All das erklärt uns nicht, weshalb Sie ihn nicht einfach festnehmen.“ fragte Fräulein Michonneau.

„Ich will Ihnen gleich die gerühmteste Erklärung geben. . . . Aber, flüsterte er ihr zu, hindern Sie Ihren Freund daran, mich fortwährend zu unterbrechen, wir kommen sonst nie zu einem Ende. Tod-Überwinder spielt hier die Rolle eines ehrlichen Mannes, er ist ein guter Pariser Bürger geworden und lebt in einer schlichten bürgerlichen Pension; lassen Sie's gut sein, er ist schlaun und läßt sich nicht ertappen. Herr Baurin ist ein angesehener Mann und macht bedeutende Geschäfte.“

„Natürlich,“ sagte Boiret vor sich hin.

„Der Minister will weder die Pariser Handelswelt noch die öffentliche Meinung gegen sich aufbringen und fälschlicherweise einen richtigen Baurin festnehmen. Der Herr Polizeipräsident sitzt auf einem wackligen Stuhl, er hat seine Freunde. Bei einem Justizirrtum würden jene, die nach seinem Blat gieren, sich den allgemeinen Skandal und das Geschrei Liberaler zunutze

machen. Es gilt hier ebenso vorsichtig vorzugehen, wie in der berüchtigten Cogniardsache, mit dem falschen Grafen von Sankt Helena; wenn es ein echter Graf von Sankt Helena gewesen wäre, so wären wir arg in die Patsche geraten.“

„Aber Sie brauchen eine hübsche Frau,“ sagte Fräulein Michonneau lebhaft.

„Tod-Überwinder läßt sich nicht mit Frauen ein,“ sagte der Agent. „Ich will Ihnen ein Geheimnis verraten: er kann Frauen nicht leiden.“

„Ich kann nicht gut begreifen, wie mir diese Feststellung gelingen soll; unter zweitausend Franken würde ich mich überhaupt mit der ganzen Sache nicht befassen.“

„Nichts leichter als das,“ antwortete der Unbekannte. Sie sollen ein Fläschchen mit einer Flüssigkeit bekommen, die einen plötzlichen Mutandrang verursacht, der wie ein Schlaganfall wirkt, ohne im geringsten gefährlich zu sein. Das Mittel verbindet sich mit Wein so gut wie mit Kaffee. Sie schafen den Mann auf der Stelle auf ein Bett und entscheiden ihn, um einem Erntungsanfall vorzubeugen. Im Augenblick, wo Sie mit ihm allein sind, geben Sie ihm einen Schlag auf die Schulter, und die Buchstaben kommen zum Vorschein.“

„Das ist ja nur ein Kinderspiel,“ sagte Boiret.

„Nun, sind Sie einverstanden?“ fragte Gondureau die alte Jungfer.

„Aber,“ fragte die Michonneau, bekomme ich die zweitausend Franken auch, wenn es keine Buchstaben gibt?“

„Rein.“

„Und wie hoch ist die Entschädigung dann?“

„Fünfhundert Franken.“

„Solch eine Sache für einen so geringen Preis tun! Meine Gewissenbisse sind die gleichen, und ich muß mein Gewissen beruhigen!“

„Sien Sie versichert,“ sagte Boiret, „daß Fräulein Michonneau ein sehr empfindliches Gewissen hat, abgesehen davon, daß sie eine junge, sehr liebenswürdige Dame ist.“

„Nun,“ nahm die Michonneau die Verhandlungen wieder auf, „geben Sie mir dreitausend Franken, wenn es Tod-Überwinder, und nichts, wenn es ein gewöhnlicher Bürger ist.“

„Einverstanden,“ sagte Gondureau, „vorausgesetzt, daß die Geschichte morgen gemacht wird.“

„So schnell geht es nicht, mein lieber Herr, ich muß meinen Vorgesetzten um Rat fragen.“

„Schlaumeier!“ sagte der Agent und stand auf. Auf morgen also, und wenn Sie mich sprechen wollen, so kommen Sie in die Rue Saint-Anne am Ende des Hofes der Sainte-Chapelle. Unter der Wölbung ist eine Tür. Fragen Sie nach Herrn Gondureau.“

Bianchon, der von seiner Vorlesung bei Cuvier zurückkam, schnappte das eigentümliche Wort Tod-Überwinder auf, sowie das „einverstanden“ des Polizeipipels.

„Warum sträuben Sie sich noch? Das wäre eine Leibrente von dreihundert Franken,“ sagte Boiret zur Michonneau.

„Warum?“ antwortete sie. „Solche Dinge wollen reichlich bedacht sein. Wenn Herr Baurin Tod-Überwinder ist, so wäre es vielleicht noch vorteilhafter, sich mit ihm auseinanderzusetzen. Aber Geld von ihm verlangen, hieße doch, ihn nichttrauisch machen, und er wäre schon der Mann danach, das Feld gratis zu räumen. Das wäre ein fürchtbarer Reinsfall.“

„Wenn er nichttrauisch würde,“ meinte Boiret, „Aber hat uns der Herr nicht erzählt, daß er überwacht wird? Aber Sie werden alles auf Spiel setzen und alles verlieren.“

(Fortsetzung folgt.)



Demokratie kann die Geburtswehen einer neuen Ära abkürzen, wenn sie mit der Erkenntnis in die Ursachen der Ereignisse eingedrungen ist, die Politik der Arbeiterklasse dem Verlauf der Ereignisse anpaßt.

### Kunst und Wissen.

Die fünf Frankfurter. Neueinstudierung im Deutschen Theater. Dieses Lustspiel ist trotz seiner Richtigkeit doch nicht ganz harmlos. Man kann sich sogar vorstellen, daß es bei einer heutigen Aufführung in München Standfester auslösen könnte.

Baummeister Solnek. (Svandoos divadlo.) Im Grunde genommen, ist Solnek anarischer Individualist. Das beweist gerade die Tragödie vom Baummeister Solnek, der seine Vorgänger zertritt, dessen Willen, geheimnisvoll stark, furchtbar Regierendes bewirkt.

Wasspiel Matia Bellini - Rosalba Salvatini in „Tosca“. Die morgige Aufführung von Precinis „Tosca“ wird außer Matia Bellini als Scarpia in der Lislpartie noch einen zweiten Gast bringen, nämlich Frau Rosalba Salvatini von der Mailänder Scala.

Dritte Arb.-Kervorstellung „Mignon“ am 2. Dezember. Sonntag, den 2. Dezember gelangt die hiesige Oper „Mignon“ von Ambroise Thomas als dritte Vorstellung des Vereines deutscher Arbeiter in Prag im Neuen Deutschen Theater, halb 3 Uhr, zur Aufführung.

Drei Gastspiele der Leopoldine Konstantin mit dem Ensemble des Wiener Raimund-Theaters. Am 28., 29. und 30. d. gastiert Leopoldine Konstantin mit den ersten Kräften des Wiener Raimund-Theaters.

Prager Theaterbuch. Im Verlage von Gustav Fonta Nachf in Prag hat Carl Schluderpacher soeben eine Sammlung von Aufsätzen über deutsche Bühnenkunst unter dem Gesamttitel „Prager Theaterbuch“ herausgegeben.

Die musikalischen Beiträge. Einen aus der Fülle der Auffüsse herauszuheben, hieße alle anderen zurücklassen; denn es ist durchwegs gediegene Forscher- und Gedantenarbeit, die in diesem Buche aufgestapelt ist.

Ein erfreuliches Bild hingegen zeigt die Konsumgenossenschaftliche Bewegung. Die sieben Konsumvereine, die im Kreisgebiete ihren Sitz haben, weisen 75 Verkaufsstellen mit insgesamt 16.492 Mitgliedern auf.

### Aus der Partei.

#### Ein Jahr Parteiarbeit.

Aus dem Bericht der Kreisorganisation Bodensach.

Wie schon berichtet, fand Sonntag, den 18. November in der Volkshalle in Bodensach die ganzjährige Kreisversammlung der Kreisorganisation Bodensach statt.

Zeit der letzten Kreisversammlung, die am 28. und 29. Jänner 1922 in Bodensach stattfand, haben sich die Verhältnisse für die Arbeiterbewegung im allgemeinen wesentlich verschlechtert.

Aus diesem Grunde mußte das ganze Augenmerk der Partei im abgelaufenen Jahre den Problemen der Notstands- und Hilfsaktionen für Arbeitslose zugewendet werden.

In der allgemeinen Fürsorge ist dadurch ein neuer Weg beschritten worden, daß die Gemeinden des Bezirkes Teischen den Beschluß faßten, fünf Prozent Umlagen als Sondersteuer für soziale Fürsorge einzusetzen.

Trotz all der Wirtschaftskrisis ist die Kreisorganisation zur Gründung eines neuen Unternehmens, der seit 1. März 1923 errichteten Volksbuchhandlung Franz Köppler, die sich rühmt ihre Gründung in eine sehr ungünstige Zeit fiel.

Der Kreisorganisation Bodensach gehören gegenwärtig 107 Lokalorganisationen mit rund 8400 Mitgliedern an, davon 2000 weiblichen. An Partei- und öffentlichen Versammlungen wurden in der Berichtsperiode 738, zumeist mit Referenten besetzt, abgehalten.

Ein erfreuliches Bild hingegen zeigt die Konsumgenossenschaftliche Bewegung. Die sieben Konsumvereine, die im Kreisgebiete ihren Sitz haben, weisen 75 Verkaufsstellen mit insgesamt 16.492 Mitgliedern auf.

Einem breiten Rahmen nimmt der Bericht über die im Kreisgebiete geleistete Bildungsarbeit ein. Insbesondere fand das Vortragswesen die beste Pflege.

Auch den Buchereien wurde großes Augenmerk zugewendet. Es befinden sich im Kreisgebiete 25 Arbeiterbibliotheken mit 5646 Bänden.

Wenn man den ganzen umfangreichen Bericht gelesen hat, kommt man zu dem Ergebnis, daß im Kreisgebiete Bodensach im abgelaufenen Jahre gute und gründliche, vor allem aber wahrhaft sozialistische Arbeit geleistet worden ist.

Aus dem Bericht ersieht man aber vor allem den Willen zur Arbeit und zum Erfolg und dieser Wille ist es, der uns hoffnungsfreudig in die Zukunft blicken läßt.

Ueber die Arbeiterbewegung in Preßburg wird uns von dort geschrieben: Unsere Bewegung schreitet vorwärts. Strenge Disziplin und unangelegte Beschäftigung der Genossen auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens üben bereits gute Wirkung aus.



zur Pflege der Haut

Kalla's Bratheringe

Fischkonserven, Bäcklinge.



mit einem Worte überall vorwärts. Wir nehmen uns vor, die alte Preßburger Bewegung der Arbeiter wieder zu ihren Ehren zu bringen.

Parteibezirksversammlung in Prag. In der am 22. November stattgefundenen Parteibeiratsversammlung der deutschen sozialdemokratischen Parteiorganisation Prag wurden die Genossen W. Deutsch und Hugo Gehorsam (beide in Prag) und Rudolf Kobonch (Radno) zu Delegierten für den Parteitag in Auffsig. Genossin Kadenberg zur Vertreterin auf der Frauenrechtskonferenz gewählt.

### Jugendbewegung.

Kreisversammlung Bodensach. Samstag, den 1. und Sonntag, den 2. Dezember 1923 in der Volkshalle in Bodensach dritte ordentliche Kreisversammlung. Tagesordnung: Berichte, Die Beschlüsse des Verbandstages, Arbeiterjugend und Partei, Bericht der Kreisverwaltung und Freie Anträge.

Sozialistische Jugendbewegung. Ortsgruppe Prag. Sonntag, den 25. November unternimmt die Jugendorganisation einen Nachmittagsausflug nach Růžovice, an welchem die Genossen sich zahlreich beteiligen wollen.

### Bereinsnachrichten.

„Naturfreunde“, Ortsgruppe Prag. Samstag, den 24. d. Café „Riza“, 7 Uhr abends Photo-Amateurziehung. Samstag, den 24. d. Café „Riza“, 8 Uhr abends, Vereinsabend. Vortrag des Gen. Prof. Czudra über „Heinrich Heine“ (Rezitationen).

Vertrag deutscher Rechtsanwältinnen in Böhmen. Der Vortrag des Präsidenten des österreichischen Abrechnungsgerichtshofes o. d. Univ. Professor Dr. Gustav Walker (Wien) über Internationales Privatrecht in seiner Anwendung auf die Rechtsübung in den Nachbarstaaten findet am 16. Dezember 1923 um 7 Uhr im Spiegelsaal des Deutschen Hauses statt.

### Mitteilungen aus dem Sublimum.

12 Photographien für K6 6 nur im Photo-Studio Prag, Paclabla nam. 15. 1872

Verleger: Dr. Ludwig Eger und Karl Czernak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Polik.

Advertisement for Dr. A. Oetker's 'Wer hat das beste Pulver erfunden?' featuring an illustration of a woman and a child, and text promoting the product and a free recipe book.

Advertisement for Kuh & Kretsch Likörfabrik Teplitz-Schönau, featuring the text 'Liebes-Patete' and 'Inserieren Sie im Sozialdemokrat'.